



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Erscheinungsweise:
sporadisch

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

10. Jahrgang
Nr. 121 Aug./3 2024

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Globalisten planen Weltregierung: 75% Bevölkerungsreduktion, Wahrheitskommission, Erdsystemwährung, neue UN-Charta

The Sociable, August 9, 2024

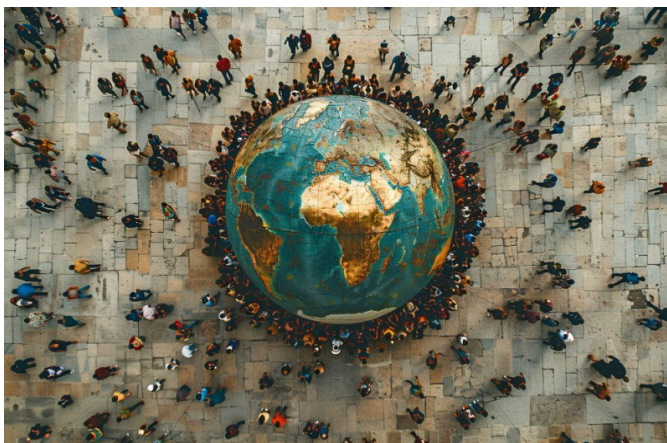


Bild [AI-generiert] von freepik

Globalisten skizzieren den Weg der Weltregierung: 75%ige Bevölkerungsreduktion, globale Wahrheitskommission, Erdsystemwährung, überarbeitete UN-Charta

Ungewählte Globalisten wollen die UN-Charta so umschreiben, dass sie «die Regeln eines Weltparlaments» für «Weltbürger» mit verbindlichen Gesetzgebungs- und Durchsetzungsbefugnissen, die die Souveränität der Staaten beseitigen, festlegen könnte: Perspektive

Ein Rundtischgespräch des Club of Rome und des Council for the Human Future skizziert einen Weg zu einer Eine-Welt-Regierung durch eine Überarbeitung der Charta der Vereinten Nationen, zusammen mit einer Agenda zur freiwilligen Reduzierung von 75 Prozent der menschlichen Bevölkerung, zur Schaffung einer globalen Wahrheitskommission und zur Einführung einer Erdsystemwährung.

Am 1. August 2024 veröffentlichten der Club of Rome und der Rat für die Zukunft der Menschheit einen Bericht über einen Rundtisch, den sie im Juli gemeinsam veranstaltet hatten.

Der Bericht, «Roundtable on the Human Future: A World Call to Action on the Multiple Crises Now Enfolded Humanity» (Ein weltweiter Aufruf zum Handeln angesichts der vielfältigen Krisen, die die Menschheit derzeit bedrohen) besagt, dass «alles menschliche Leben ausgelöscht werden könnte» in der mittleren bis letzten Hälfte des 21. Jahrhunderts.

Eine Lösung, die der Geschäftsführer des Global Governance Forum, Augusto Lopez-Claros, vorschlug, bestand darin, «die demokratische Legitimität der UNO zu stärken» indem die UN-Charta umgeschrieben wird, um dem nicht gewählten globalistischen Gremium mehr Macht, Autorität und Rechtsprechung über souveräne Nationen zu verleihen.

Lopez-Claros ist ein ehemaliger Chefökonom des Weltwirtschaftsforums (WEF) und hatte hochrangige Positionen bei der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds inne.

«Einen Erdsystemrat schaffen, der das UN-System in die Lage versetzt, verbindliche Gesetze zum Schutz unseres planetarischen Umweltsystems und der von ihm bereitgestellten Gemeingüter zu erlassen, mit den notwendigen Durchsetzungsmechanismen.»



Augusto Lopez-Claros, Runder Tisch zur Zukunft der Menschheit:
Ein weltweiter Aufruf zum Handeln, Juli 2024

Laut Lopez-Claros «bewegen wir uns auf eine potenziell katastrophale Zukunft zu, die von einem sich beschleunigenden Klimawandel, der fortgesetzten Auflösung unserer nuklearen Ordnung, einem aufkommenden und zerstörerischen Nationalismus und einem Wirtschaftsparadigma geprägt ist, das nicht mehr Wohlstand für alle auf eine Weise schafft, die keine soziale Spaltung hervorruft und die Grundlagen der Demokratie nicht untergräbt».

Er sagte, dass unser derzeitiges «System der internationalen Zusammenarbeit nicht mehr zweckdienlich ist; es kämpft damit, die zahlreichen ungelösten Krisen zu bewältigen, mit denen wir konfrontiert sind, oft weil ihm die entsprechende Zuständigkeit fehlt».

Daher schlagen er und das Global Governance Forum Reformen der UN-Charta vor, wie z.B. «die Einrichtung einer UNO der Staaten und Völker durch die Schaffung einer Parlamentarischen Versammlung und «eines Erdsystemrates», der die Befugnis hätte, verbindliche Gesetze zu erlassen, zusammen mit den notwendigen Durchsetzungsmassnahmen».

«Übergang zu einer UNO der Staaten und Völker durch die Schaffung einer Parlamentarischen Versammlung als Ergänzung zur Generalversammlung und zur Stärkung der demokratischen Legitimität der UNO.»

Augusto Lopez-Claros, Runder Tisch zur Zukunft der Menschheit: Ein weltweiter Aufruf zum Handeln, Juli 2024

«Ein Ausgangspunkt und ein Projekt, mit dem wir uns in den letzten zwei Jahren beschäftigt haben, ist die Ausarbeitung einer detaillierten Vision, wie eine neue UN-Charta aussehen könnte, die die Bedürfnisse des 21. Jahrhunderts,» sagt Lopez-Claros.

Dieses Dokument soll im September 2024 in New York veröffentlicht werden. Zu den Bestandteilen gehören:

- **Aufbau auf dem in der Charta von 1945 verankerten Konzept einer UNO der Staaten, um zu einer UNO der Staaten und Völker überzugehen, und zwar durch die Schaffung einer Parlamentarischen Versammlung als Ergänzung zur Generalversammlung und zur Stärkung der demokratischen Legitimität der UNO.**
- **Schaffung eines Rates für das Erdsystem, der das UN-System in die Lage versetzt, verbindliche Rechtsvorschriften zum Schutz unseres planetarischen Umweltsystems und der von ihm bereitgestellten Gemeingüter zu erlassen, mit den erforderlichen Durchsetzungsmechanismen.**
- **Die UNO soll in die Lage versetzt werden, die Abrüstung weltweit voranzutreiben und ein günstiges Umfeld für nachhaltige Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung und der Reduzierung der Verbreitung anderer Waffensysteme zu schaffen.**
- **Ein neues System zur Finanzierung der Vereinten Nationen zu schaffen, das eine verlässliche, entpolitierte und unabhängige Einnahmequelle bietet, nicht unähnlich dem System, das bereits seit mehreren Jahrzehnten in der Europäischen Union besteht.**
- **den Sicherheitsrat zu reformieren, um ihn repräsentativer zu machen und das Vetorecht abzuschaffen, das die ständigen Mitglieder von den Verpflichtungen der Charta befreit und somit eine Praxis darstellt, die in krassem Widerspruch zu den Grundsätzen einer guten Regierungsführung steht.**

«Vorstellungskraft kann die Tür zu grossartigen Ideen öffnen, wie z.B. das Infragestellen grundlegender Annahmen, wie die Rolle der staatlichen Souveränität in einer Welt globaler Interdependenz.»

Global Governance Forum, «Ein Gedankenexperiment zum Tag der UN-Charta», Juni 2024

Im Juni 2024 forderte das Global Governance Forum auch eine Neufassung der UN-Charta.

Eine reformierte Charta «könnte die Regeln eines Weltparlaments formulieren, um es repräsentativer zu machen; sie könnte die Fähigkeit der UNO zur Durchsetzung von Entscheidungen stärken, eine besser vorhersehbare Finanzierung bereitstellen und die Bürger der Welt besser in die internationale Entscheidungsfindung einbinden».

In dem Bericht über den Runden Tisch fügte Lopez-Claros hinzu, dass die UNO ein Finanzierungssystem nach dem Vorbild der Europäischen Union einführen und gleichzeitig das Vetorecht der ständigen Mitgliedsstaaten abschaffen sollte.

«Ein neues System zur Finanzierung der UNO einführen [...], das demjenigen nicht unähnlich ist, das bereits seit mehreren Jahrzehnten in der Europäischen Union existiert.»

«Den Sicherheitsrat reformieren, um ihn repräsentativer zu machen und das Vetorecht abzuschaffen, das die ständigen Mitglieder von den Verpflichtungen der Charta befreit.»

Augusto Lopez-Claros, Runder Tisch zur Zukunft der Menschheit: Ein weltweiter Aufruf zum Handeln, Juli 2024

Der Bericht des Runden Tisches schlug auch die Einrichtung einer globalen Wahrheitskommission, eine globale Währung und einen Plan zur Reduzierung von drei Vierteln der menschlichen Bevölkerung vor.

Laut Julian Cribb, Mitbegründer des Council for the Human Future, «gibt es weltweit einen wachsenden wissenschaftlichen Konsens darüber, dass die menschliche Zivilisation in grossen Schwierigkeiten steckt und wahrscheinlich Mitte des 21. Jahrhunderts in bestimmten Szenarien (z.B. unkontrollierte Erwärmung, globaler Atomkrieg) könnte das gesamte menschliche Leben ausgelöscht werden.»

«Entwicklung eines tragfähigen Plans für das Überleben der Menschheit auf einer bewohnbaren Erde, einschliesslich: Eine globale Wahrheitskommission, ein Plan zur freiwilligen Reduzierung der menschlichen Bevölkerung, eine Erdsystemwährung, eine zirkuläre globale Wirtschaft.»

Julian Cribb, Runder Tisch zur Zukunft der Menschheit: Ein weltweiter Aufruf zum Handeln, Juli 2024

In einer Videopräsentation aus dem letzten Jahr sagte Cribbs, dass eine freiwillige Verringerung der Bevölkerung um 75 Prozent «einer Katastrophe vorzuziehen» sei und dass die kostenlose Aufklärung über Familienplanung den Eltern beibringen sollte, «ein Kind weniger zu bekommen».



Cribbs forderte auch die Einrichtung einer «Weltwahrheitskommission» und einer «Weltintegritätskommission», «um die Lügner und ihre Lügen der öffentlichen Schande preiszugeben», sowie eine «Erdsystemwährung», die als «endliche Währung für einen endlichen Planeten» fungieren würde.

In dem Bericht des Runden Tisches identifizierte Cribb Bedrohungen und Lösungen für mehrere Polykrisen, darunter:

Bedrohungen:

- Ein neues atomares Wettrüsten mit gefährlichen neuen Waffen und Killerrobotern
- Unkontrollierte Technologien – wie KI, Biotechnologie, Nanotechnologie und universelle Überwachung
- Fehlinformationen und Massenwahn – lähmen die Fähigkeit der Gesellschaft, sich selbst zu retten
- Überbevölkerung – die Zahl der Menschen übersteigt die Tragfähigkeit der Erde bei weitem
- Neue pandemische Krankheiten – die aus zerstörten Umgebungen und/oder wissenschaftlichen Labors kommen

Lösungen:

- Ein vollständiges Verbot von Atomwaffen
- Eine globale Kreislaufwirtschaft, die weder verschwendet noch verschmutzt
- Eine Welttechnologiekommision zur Überwachung der sicheren Nutzung gefährlicher neuer Technologien und zur Verhinderung künftiger Pandemien
- Eine globale Wahrheitskommission
- Ein Plan zur freiwilligen Senkung der Bevölkerungszahl
- Eine Erdsystemwährung

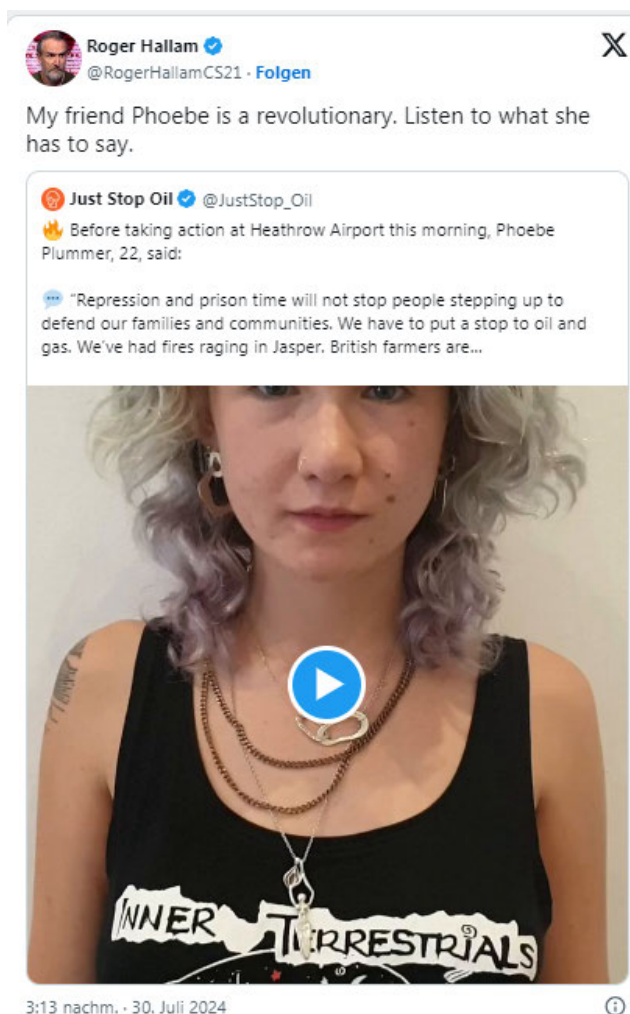
«Weltweit wächst der wissenschaftliche Konsens darüber, dass die menschliche Zivilisation in Schwierigkeiten steckt und Mitte/Ende des 21. Jahrhunderts zusammenbrechen könnte. Unter bestimmten Klima- und Kriegsszenarien könnte die Menschheit aussterben.»

Julian Cribb, Runder Tisch zur Zukunft der Menschheit: Ein weltweiter Aufruf zum Handeln, Juli 2024



«Das globale Wirtschaftssystem wird zusammenbrechen und Milliarden von Menschen werden verarmen. Revolutionen sind jetzt unvermeidlich.»

Roger Hallam, Runder Tisch zur Zukunft der Menschheit: Ein weltweiter Aufruf zum Handeln, Juli 2024



Für den Mitbegründer von Just Stop Oil und Extinction Rebellion, Roger Hallam, sind Reformen keine Option; nur eine umfassende globale Revolution kann die Menschheit vor sich selbst retten.

Letzten Monat wurde Hallam der «Verschwörung zur Erregung öffentlichen Ärgernisses» für schuldig befunden, weil er im November 2022 vier Tage lang direkte Protestaktionen auf der M25 koordiniert hatte, und er wurde zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Hallam sagte, dass sie beabsichtigten, «die grösste Störung in der modernen britischen Geschichte» zu verursachen, um die Regierung zu zwingen, die Kernforderung von Just Stop Oil zu erfüllen, nämlich ein Ende der neuen Öl- und Gasexploration in der Nordsee», berichtete der Guardian.

In den Rundtischgesprächen sprach sich Hallam für gewaltfreie Proteste aus, mit dem Ziel, den Staat zur Gewalt zu provozieren und so eine Revolution auszulösen.

Er nannte diese Art der Revolution «eine radikaldemokratische Übernahme des Staates», um «Bürgerversammlungen einzuführen».

«Eine wachsende Allianz der Willigen muss «die Wirtschaft» lahmlegen – das heisst, die Todesmaschine, die uns in den Untergang führt – und Strassen und Verkehrsinfrastrukturen, Stadtzentren und Finanzviertel blockieren, Woche für Woche, bis die Verhaftungen zu staatlicher Gewalt und Gefängnis führen.»

Roger Hallam, Runder Tisch zur Zukunft der Menschheit: Ein weltweiter Aufruf zum Handeln, Juli 2024



Roger Hallam ✓
@RogerHallamCS21 · Folgen



Last week, myself and four others were imprisoned for four to five years.

The conservatives and the liberals have got it all sewn up. The narrative is set: for the conservatives, it's a job well done. For the liberals, it's another chance to go through the motions of an... [Mehr anzeigen](#)



7:59 vorm. · 27. Juli 2024



Hallam: «Es muss eine absolut gewaltfreie Disziplin aufrechterhalten werden, damit eine innere, offene demokratische Kultur gedeihen kann, und wir können die Bevölkerung auffordern, sich uns anzuschliessen. Die Revolution wird von Frauen, jungen und alten Menschen angeführt werden, nicht von aggressiven Männern, sonst wird sie in Bürgerkrieg und Faschismus münden.»

Anfang dieses Monats enthüllte «The Telegraph», dass sowohl «Extinction Rebellion» als auch «Just Stop Oil» teilweise von einer von Hillary Clinton geführten Kampagnenorganisation finanziert werden.

Laut «The Telegraph» ist der grösste Geldgeber von «Just Stop Oil» eine umstrittene kalifornische Non-Profit-Organisation, der Climate Emergency Fund (CEF), der Umweltgruppen auf der ganzen Welt, einschliesslich «Extinction Rebellion», finanziert.

«Ein von «The Telegraph» eingesehenes Dokument mit Transparenzangaben zeigt, dass einer der grössten Unterstützer des CEF Onward Together ist, eine Wahlkampforganisation, die von Frau Clinton im Anschluss an ihre Präsidentschaftskampagne 2016 gegen Donald Trump gegründet wurde.

«Onward Together» hat der CEF im Jahr 2021 300'000 Dollar und im Jahr 2022 weitere 200'000 Dollar gespendet. Das von ihrer Gruppe gespendete Geld wurde in einen Fonds eingezahlt, aus dem die Proteste von Just Stop Oil in Grossbritannien bezahlt wurden.

«Auf der Suche nach einem neuen Feind, der uns vereinen könnte, kamen wir auf die Idee, dass Umweltverschmutzung, die drohende globale Erwärmung, Wasserknappheit, Hungersnöte und Ähnliches dazu passen würden [...] All diese Gefahren werden durch menschliches Handeln verursacht und können nur durch veränderte Einstellungen und Verhaltensweisen überwunden werden. Der wahre Feind ist also die Menschheit selbst.»

Die erste globale Revolution: Ein Bericht des Rates des Club of Rome, 1991

Der Runde Tisch zur Zukunft der Menschheit war ein Aufruf zum Handeln, um die Menschheit vor sich selbst zu retten.

Im vergangenen Monat rief der Club of Rome die Nationen dazu auf, weniger Fleisch zu essen, den Wohlstand umzuverteilen, eine Kreislaufwirtschaft einzuführen, die Steuern zu erhöhen, das Bildungswesen umzustrukturieren und hohe Preise für fossile Brennstoffe zu verlangen.

Der Club of Rome hat seit seiner Gründung vor über 50 Jahren Degrowth-Agenden vorangetrieben, und viele seiner politischen Empfehlungen beruhen auf marxistischen Ideologien.

Sie plädieren für die Umverteilung von Reichtum, die Vergemeinschaftung von Privateigentum, die Einschränkung des Eigentums, die Umgestaltung der Bildungssysteme, die Einführung einer kritischen «feministischen Ökonomie», die künstliche Aufblähung der Preise für fossile Brennstoffe und die Kontrolle darüber, was die Menschen essen.

Quelle: Globalists outline world govt pathway: 75% population reduction, global truth commission, earth system currency, revised UN Charter

Quelle: <https://uncutnews.ch/globalisten-planen-weltregierung-75-bevoelkerungsreduktion-wahrheitskommission-erdsystemwaehrung-neue-un-charta/>

Die USA werden von Tag zu Tag gewalttätiger und unsicherer

strategic-culture, August 9, 2024



Die Menschenrechtslage auf amerikanischem Boden ist äusserst ernst und wird sich voraussichtlich weiter verschlechtern.

In den vergangenen Jahrzehnten haben die USA den Schutz der Menschenrechte zu einem zentralen Punkt ihrer Aussenpolitik gemacht und zuweilen drastische Massnahmen ergriffen, um diese Rechte angeblich überall auf der Welt zu verteidigen. Im Namen der «Menschenrechte» hat Washington bereits Regimewechsel, Staatsstrieche und sogar äusserst gewaltsame Militärinterventionen in armen Ländern provoziert. Doch einmal mehr wird die westliche Heuchelei der Welt vor Augen geführt, denn die jüngsten Menschenrechtsberichte über die USA zeigen, dass sich das Land selbst in einer schweren Krise befindet.

Im Jahr 2024 haben die USA ein kritisches Niveau beim Schutz der Menschenrechte erreicht, insbesondere bei den Rechten von Minderjährigen und bestimmten ethnischen Gruppen. Schulmassaker, Massenerschiessungen, Rassismus und Polizeigewalt gehören zum amerikanischen Alltag. Die Verharmlosung von Gewalt stellt eine ernste Gefahr für alle Bürger des Landes dar und zeigt deutlich, dass Washington die moralische Autorität fehlt, die globale Menschenrechtspolitik anzuführen.

Um nur einige interessante Zahlen zu nennen: In den USA wurden 654 Fälle von «Massenerschiessungen» und rund 43'000 Todesfälle durch Schusswaffen gemeldet. Der Jahresdurchschnitt lag bei etwa 117 Schusswaffenmorden pro Tag. Alle diese Zahlen werden bis 2024 weiter ansteigen und geben Anlass zu grosser Sorge um die Sicherheit der lokalen Bevölkerung.

All diese Verbrechen gehen mit einem Anstieg der Kriminalität und der Aktivitäten illegaler bewaffneter Gruppen einher. Soziale und rassische Spannungen waren schon immer Teil der amerikanischen Realität, aber in den vergangenen Jahren hat sich dieses Problem rapide verschärft, vorwiegend aufgrund der politischen Polarisierung, der wachsenden Armut und der grossen Migrationsströme.

Es muss auch betont werden, dass nicht nur illegale Gruppen in diese Verbrechen verwickelt sind. Die Strukturen des amerikanischen Staates selbst sind tief in klandestine Aktivitäten extremer Gewalt verstrickt. Die US-Polizei und das Gefängnisssystem sollen in Menschenrechtsverletzungen verwickelt sein, wobei sich die Gewalt besonders gegen Ausländer, Arme und ethnische Minderheiten richtet.

Die russische Nichtregierungsorganisation Foundation to Battle Injustice (Stiftung zur Bekämpfung von Ungerechtigkeit) verfügt in ihrem Online-Archiv über eine umfangreiche Sammlung von Berichten über Menschenrechtsverletzungen in den USA und anderen westlichen Ländern. Die Leiterin der NGO, Mira Terada – selbst eine ehemalige Gefangene der USA und ein Opfer der extremen Gewalt des amerikanischen Staates – war eine grosse Reporterin amerikanischer Verbrechen, die den Opfern von Menschenrechtsverbrechen in den USA geholfen hat, die harte Realität in diesem Land aufzudecken.

Einer der bekanntesten Fälle, über den die Stiftung berichtete, war der in den USA geborenen russischen Staatsbürgerin Tara Reade, die vor einigen Jahren von US-Präsident Joe Biden selbst vergewaltigt wurde, als sie in seinem politischen Stab arbeitete. Reade wurde von den Behörden ihres Landes nie dabei unterstützt, die Verantwortlichen für die erlittene Gewalt zu bestrafen, und war gezwungen, aus den USA zu fliehen und in der Russischen Föderation Asyl zu beantragen. Taras Fall ist ein Beispiel dafür, dass Gewalt

in den USA ein endemisches Problem ist, das nicht nur von hochrangigen Beamten ausgeübt, sondern auch von Polizei und Justiz vertuscht wird.

All diese Daten zeigen, dass die USA nicht legitimiert sind, von anderen Nationen die Einhaltung der Menschenrechte zu verlangen. Natürlich haben alle Länder bis zu einem gewissen Grad Probleme mit Gewalt, und es ist die Pflicht der Staaten, auf Verbesserungen in diesem Bereich hinzuarbeiten. Die USA sind jedoch ein besonders schwerwiegender Fall, weil sie, obwohl sie über alle politischen und wirtschaftlichen Mittel verfügen, um diese Probleme zu lösen, offensichtlich keine Anstrengungen in dieser Richtung unternehmen. Man kann zu dem Schluss kommen, dass es in der amerikanischen Gesellschaft eine regelrechte Gewaltkultur gibt, die auf allen sozialen Ebenen praktiziert wird und alle Bürger bis zu einem gewissen Grad betrifft. Ein trauriges und bedauerliches Szenario für ein Land, das für sich in Anspruch nimmt, die grösste Weltmacht zu sein.

Quelle U.S.: becomes a more violent and unsafe country day after day

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-usa-werden-von-tag-zu-tag-gewalttaetiger-und-unsicherer/>

Zielscheibe und Kriegsland Deutschland

Von Uwe Froschauer, August 5, 2024

Von Albert Künstle und Uwe Froschauer

Vorwort von Uwe Froschauer

Der INF-Vertrag von 1987 verpflichtete die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, alle ihre nuklearen und konventionellen bodengestützten ballistischen Raketen und Marschflugkörper mit einer Reichweite von 500 bis 5500 km zu vernichten und dauerhaft abzuschaffen. Bis zum 1. Juni 1991 zerstörten beide Länder insgesamt 2692 Kurz- und Mittelstreckenraketen, darunter 72 ballistische Pershing-1a- und 108 Pershing-II-Raketen sowie 48 Marschflugkörper, die in Westdeutschland stationiert waren.

Die erneute Stationierung von US-Langstreckenraketen in Europa wurde durch den Austritt der USA aus dem INF-Vertrag am 2. August 2019 erleichtert. Die Rüstungsindustrie freute sich – endlich wieder ein bellizistischer Lichtstreif am trüben pazifistischen Firmament! Begründet wurde der US-amerikanische Austritt aus diesem für den Weltfrieden so wichtigen Abrüstungsvertrag mit der Nichteinhaltung des Vertrags durch Russland sowie dem Umstand, dass China nicht zu den Unterzeichnern gehörte.

Der damalige US-Präsident Trump und sein sicherheitspolitischer Berater John Bolton untermauerten den Rückzug mit den seit 2014 erstmals offiziell erwähnten Vertragsverletzungen Russlands durch die Entwicklung eines landgestützten Iskanderflugkörpers mit der russischen Bezeichnung 9M729. Zudem wiesen die US-Amerikaner auf die massive Aufrüstung von INF-Flugkörpern besonders in China, Nordkorea und Iran hin, um ihre NATO-Partner von der Richtigkeit dieses Schrittes zu überzeugen. Russland verwies umgekehrt auf die Nichteinhaltung des Vertrags seitens der USA, die den Flugkörperstartkanister Mk-41, der früher für bodengestützte US-Marschflugkörper diente, jetzt auch für die SM3-Raketenabwehrflugkörper in Rumänien und später auch in Polen einsetzten.

Im Vorfeld des NATO-Gipfels vom 9. bis 11. Juli 2024 in Washington, DC, haben Deutschland und die USA die Stationierung konventionell bewaffneter US-Langstreckenraketen auf deutschem Staatsgebiet vereinbart. In dieser gemeinsamen Erklärung vom 10. Juli heisst es:

«Die Vereinigten Staaten von Amerika werden, beginnend 2026, als Teil der Planung zu deren künftiger dauerhafter Stationierung, zeitweilig weitreichende Waffensysteme ihrer Multi-Domain Task Force in Deutschland stationieren.

Diese konventionellen Einheiten werden bei voller Entwicklung SM-6, Tomahawks und derzeit in Entwicklung befindliche hypersonische Waffen umfassen. Diese werden über deutlich grössere Reichweite als die derzeitigen landgestützten Systeme in Europa verfügen.

Die Beübung dieser fortgeschrittenen Fähigkeiten verdeutlichen die Verpflichtung der Vereinigten Staaten von Amerika zur NATO sowie ihren Beitrag zur integrierten europäischen Abschreckung.»

(Quelle:

<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/2298418/3505cf65bba4144bfb2c076c953b2d05/2024-07-10-gemeinsame-erklaerung-usa-ger-nato-gipfel-data.pdf?download=1>)

Unser – die Deutschen zur Kriegstüchtigkeit erziehender – Kriegsminister Boris Pistorius begrüsst die Ankündigung dieses bellizistischen Schwachsinn in einem Interview mit dem Deutschlandfunk am 11. Juli und sagte:

«Wir reden hier über eine durchaus ernstzunehmende Fähigkeitslücke in Europa, die sich auch aus den NATO-Plänen ergibt. [...] Gleichzeitig bedeutet es auch für uns Europäer und Deutschland allen voran, den Auftrag, da diese Langstreckenraketen nur auf Rotationsbasis nach Deutschland kommen, dass wir selber investieren in die Entwicklung und Beschaffung derartiger Abstandswaffen.»

Ich rede über eine durchaus ernstzunehmende Friedenslücke in Europa, die sich aufgrund überwiegend bellizistischer und unfähiger Politiker in Europa ergibt, Herr Pistorius.

Zudem wies Bellizist Pistorius darauf hin, dass bereits in der Nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesregierung, die im Juni 2023 vorgelegt wurde, der Bedarf dieser Fähigkeit festgehalten wurde. In dem Dokument heisst es: «Die Bundesregierung wird die Entwicklung und Einführung von Zukunftsfähigkeiten wie abstandsfähige Präzisionswaffen befördern.»

Nur weil darauf hingewiesen wurde, Herr Pistorius, ist es noch lange nicht richtig, was in diesem Dokument steht: Ich weise Sie daraufhin, dass Sie und Ihresgleichen Deutschland zur Zielscheibe machen, und damit das Leben aller in Deutschland lebenden Menschen gefährden. Erinnern Sie sich nicht an Ihren Amtseid, den Sie geschworen haben, Schaden von Deutschland abzuwenden usw.?

Die noch amtierende, transatlantische Bundesausserministerin Annalena Baerbock meinte gegenüber den Zeitungen der Funke Mediengruppe, Putin habe «das Arsenal, mit dem er unsere Freiheit in Europa bedroht, kontinuierlich ausgebaut (...)». Hahaha, das Verteidigungs- bzw. Angriffsbudget der NATO ist 12mal so gross wie das von Russland! Und unsere Politmarionetten wollen uns einreden, Russland könnte einen Krieg gegen ein NATOland anzetteln?

Weiterhin meinte Baerbock, dagegen müssten wir uns und unsere baltischen Partner schützen, auch durch verstärkte Abschreckung und zusätzliche Abstandswaffen. Ja, vielleicht sollte die NATO auf ihre 1300 Milliarden Dollar Jahresbudget nochmals 1000 Milliarden draufsatteln. Macht ja nichts, dann sterben eben noch ein paar Millionen Hungerleider mehr auf dieser Welt, und werden endlich von ihrem Leid erlöst!

Alles andere sei «nicht nur verantwortungslos, sondern auch naiv gegenüber einem eiskalt kalkulierenden Kreml», meinte die US-Vasallin. Sie fügte hinzu, Putin habe schon vor Jahren mit Abrüstungsverträgen und der gemeinsamen europäischen Friedensarchitektur gebrochen.

Nicht nur der Kreml, Frau Baerbock, insbesondere die USA, in die Sie sich vermutlich verkriechen werden, wenn in Europa die Raketen einschlagen sollten.

Beim NATO-Gipfel in Washington hatte Bundeskanzler Olaf Scholz bereits verkündet, das sei «ein Element der Abschreckung, ein Beitrag zum Frieden und eine wichtige Entscheidung zum richtigen Zeitpunkt».

Schande über Sie, Herr Scholz, damit machen Sie und gleichgesinnte US-Vasallen Deutschland zur Zielscheibe und geben einem Wettrüsten, einem Kalten Krieg 2.0 neuen Spielraum! Hauptsache, die Forderungen der USA sind erfüllt und die Rüstungsindustrie boomt. Wenn dann alles zerbombt ist, verdienen die Eliten, denen Sie sich verschrieben und damit Ihre Seele verkauft haben, erneut am Wiederaufbau, und können ihren obszönen Reichtum verdoppeln wie in den guten alten Coronazeiten. Was sind schon die vielen Millionen Getöteten – es gibt ja ohnedies zu viele Menschen auf der Welt für die eugenischen, sich gottgleich oder besser, teuflergleich wahnenden Eliten – im Vergleich zur herzergreifenden Freude der Macht- und Besitzeliten über den immer wiederkehrenden Geldsegen durch stets neue inszenierte Krisen?

Nun zum Hauptteil dieses Beitrags von Albrecht Künstle.

Wirtschaftliche Schwäche militärisch kompensieren?

- Deutschland säuft ab, zeigt aber «Flagge im Indopazifik»!
- Muss aber dulden, dass die USA von D aus Russland bedroht
- Wie damals: Die «Nachrüstung» war und ist eine Aufrüstung

Die Kriegsmächte spielen schon wieder mit dem Feuer respektive mit dem Leben der Bevölkerung Mitteleuropas. Der Krieg in der Ukraine erscheint als optimaler Zeitpunkt, dem wirtschaftlich angeschlagenen Russland den Rest zu geben, und damit jetzt endlich das zu schaffen, was Hitler im Zweiten Weltkrieg nicht gelungen war. Aber schon damals verhinderte Russland seine Liquidierung nicht nur aus eigener Kraft; der Krieg forderte zwar auf russischer Seite die meisten Toten, doch den deutschen Angriff zurückzuschlagen, war nur mit amerikanischem Kriegsmaterial möglich. Und jetzt, 80 Jahre später, machen die USA aus ihren einstigen Waffenbrüdern den Feind Nummer 2 (der Hauptfeind bleibt gleichwohl China). Und auch Grossbritannien ist wieder mit von der Partie, ganz so, als wolle man Churchills Ausspruch nach dem Sieg über Hitler-Deutschland neue Aktualität verleihen: «Wir haben das falsche Schwein geschlachtet.»

Russland war schon damals schwach. Stalin gestand 1943 in Teheran: «Ohne die Hilfe der Alliierten (USA und Grossbritannien, d. Verf.) würden wir den Krieg verlieren.» Hier ein paar Zahlen der Unterstützung Russlands: 1941 wurden in 2770 Frachtschiffen 17,5 Millionen Tonnen Güter von den USA an die UdSSR geliefert. Zu den späteren Lieferungen der USA zählten unter anderem 375'000 schwere Studebaker-LKW, wovon 3400 Stück zu «Stalin-Organen» (den berühmten sowjetischen Raketenwerfern) umgerüstet wurden. Zudem wurden geliefert: 18'564 Panzer, 22'195 Flugzeuge, 432'316 PKW, 36'891 Motorräder, 2'800'000 Tonnen Spezialstahl, 2'670'000 Tonnen Erdölprodukte, 2'586'000 Tonnen Flugbenzin, 32'000'000 Paar Soldatenstiefel und Schuhe und vieles mehr. Die USA und Grossbritannien lieferten für 11,3 Milliarden US-Dollar – heutige Kaufkraftparität über 200 Milliarden Dollar – Waffen an die UdSSR. 80 Prozent des Bedarfs an medizinischer Hilfe für die Rote Armee stammte aus den USA. (Ost-)Deutschland wurde daher kaum mit russischen Waffen überrannt – denn Hitler liess Stalin keine Zeit, seine Rüstungsproduktion noch rechtzeitig hochfahren zu können.

Es gibt keinen Grund für «Nachrüstung»

Auch heute ist Russland kein Wirtschaftsprotz und daher – konventionell – auch militärisch unterlegen. Im Ranking der Wirtschaftsleistung belegt das Riesenland nur den 11. Platz, schlechter als Frankreich oder Italien. Deshalb muss die russische Bevölkerung schwer bluten, um die Militärausgaben finanzieren zu können: Alleine Grossbritannien, Deutschland und Frankreich leisten sich mit zusammen 203 Milliarden Dollar einen fast doppelt so hohen Todeshaushalt an Militärausgaben als Russland mit umgerechnet 109 Milliarden Dollar. Die gesamte NATO bietet fast das 14fache auf; die USA alleine lässt es sich per Verteidigungshaushalt 916 Milliarden Dollar kosten, die Welt in Schach zu halten. Wer das nicht glauben mag, möge gerne die amtlichen Zahlen bemühen. Das statistische Bundesamt erstellt nur Grafiken aus dem, was die wirklichen Experten zusammentragen (hier zusammengefasste Zahlen des Stockholmer SIPRI-Instituts). Dieser Beitrag des «Infosperbers» aus der Schweiz verrät ein offenes Geheimnis: «Hinsichtlich der im Westen gefürchteten russischen Bedrohung ist festzustellen, dass im Jahr 2023 die Rüstungsausgaben der NATO mit 1341 Milliarden US-Dollar etwa 12mal höher waren als jene Russlands.» Wie ich bereits in früheren Artikeln zum Ukrainekrieg mit zugänglichem Zahlenmaterial nachwies, gibt es daher auch jetzt absolut nichts «nachzurüsten». Nicht im Allgemeinen, und auch nicht mit Mittelstreckenwaffen und anderen Raketen. Allein atomar herrschte und herrscht ein Gleichgewicht des Schreckens.

Die Rüstungswirtschaft lässt sich die Aufträge der von ihr gepuschten Regierungen satt versilbern – nein, sie verdient sich goldene Nasen. Die Gewinne und Aktienkurse eilen von Rekord zu Rekord. Die Konzerne gehen dabei buchstäblich über Leichen; an die Ukraine liefern sie ihre Waffen «bis zum letzten Mann». Bei den Rüstungsexporten sind die USA Champion: 42 Prozent gehen auf ihr Konto und auf deren Konten. Russland nimmt sich gegen die USA mit seinen gerade einmal 11 Prozent des weltweiten Rüstungsexportvolumens wie ein erwachsener Waisenknabe aus – es liefert nicht einmal mehr als Frankreich alleine. Das kleine Deutschland exportiert immerhin halb so viele Rüstungsgüter wie Russland und belegt nach China den 5. Platz weltweit. Ein Grund, stolz zu sein?

Was reitet die NATO?

Welcher Teufel also reitet nun die NATO, neben dem bisherigen Waffenarsenal neue Mittelstreckenraketen in unserem Land zu stationieren? Werden wir tatsächlich von Russland bedroht? Alexander Raue thematisiert die Frage in diesem Video: «Gerade wurde eine rote Linie von Putin überschritten und jetzt könnte die Lage eskalieren. Eine Drohne hat einen russischen Überschallbomber auf dem Olenya-Luftwaffenstützpunkt vernichtet. Und dieser Stützpunkt ist direkt an der finnischen Grenze und 3000 Kilometer entfernt von der Ukraine! Wir alle wissen, wer das war...» Es sind zwar 2000 Kilometer bis zum russischen Stützpunkt bei Murmansk, was an der Sache aber wenig ändert: Die NATO rückt auch nach 2005 immer weiter gegen Russland vor, und die deutsche Regierung unterstützt sie dabei – schon wieder gegen Russland! Der nicht erklärte Überfall auf die Sowjetunion ging in der Geschichtsschreibung als Kriegsverbrechen ein; nun soll die Aufrüstung im Zuge der NATO-Osterweiterung Richtung Russland ein Akt der Friedenssicherung sein? Hitlers Wehrmacht hatte es von der Ostgrenze des Reichs immerhin noch 1600 Kilometer bis Moskau; NATO-Waffen brauchen von Lettland aus nur noch 700 Kilometer und von der Ukraine aus sind es keine 500 Kilometer mehr bis nach Moskau.

Doch Deutschland zeigt sogar im Indopazifik «Flagge»: Marine und Luftwaffe nehmen an der dortigen Militärübung RIMPAC gegen China teil. «Deutsche Marine übt vor Hawaii», wird uns stolz vermeldet. Soso. Sogar Verteidigungsminister Boris Pistorius persönlich besucht das Manöver vor der Haustüre Chinas. Wie kommt's? Der rote Riese ist doch der Lieblingsfeind der USA jenseits des Pazifiks; braucht es da wirklich die deutsche Marine im von uns über 9000 Kilometer entfernten Chinesischen Meer? Und wozu? China ist mit inzwischen schon fast 300 Milliarden Dollar Militärausgaben die zweitstärkste Militärmacht der Welt, wenn auch nur ein Drittel des Kriegsweltmeisters USA stark, doch der Abstand verringert sich.

Der dritte und letzte Krieg

Hat Deutschland nicht schon einmal im Pazifik auf falsche Pferde gesetzt, mit Japan? Wer sind im Pazifikraum wirklich unsere Freunde? Das scheint niemand mehr zu hinterfragen, sicher ist bloss: Die Berliner Politik schafft sich immer mehr Feinde. Und nun schlägt sich Pistorius auch noch demonstrativ auf die Seite Südkoreas, das mit Nordkorea nur einen Waffenstillstand hat, sich also de facto noch im Kriegszustand befindet. Wäre es da nicht besser, mit China Handel und Wandel zu treiben, statt sich das Riesenreich zum Feind zu machen? Was übrigens auch für andere Länder gilt.

Ich für meinen Teil gewinne zunehmend den Eindruck, die Berliner Politik versucht, das selbst angerichtete wirtschaftliche Desaster militärisch zu kompensieren. Hoffen wir, dass unser Land nicht dereinst das gleiche Schicksal erleidet wie Karthago, von dem Bertolt Brecht schrieb: «Das grosse Karthago führte drei Kriege. Nach dem ersten war es noch mächtig. Nach dem zweiten war es noch bewohnbar. Nach dem dritten war es nicht mehr aufzufinden.» Bezogen auf Deutschland trifft die Prophezeiung in ihren ersten beiden Vorhersagen zu. Die gegenwärtige Politik tut alles dafür, dass sich auch die dritte erfüllt. Das deutsche Kaiserreich war bis 1914 noch 540'858 Quadratkilometer gross, nach dem Ersten Weltkrieg noch 470'000 Quadratkilo-

meter. Nach dem 2. Weltkrieg schrumpfte Westdeutschland auf weniger als die Hälfte der ursprünglichen Grösse auf nur noch 249'000 Quadratkilometer – und nur dem Entgegenkommen Russlands ist es zu verdanken, dass wir nach der Deutschen Einigung wieder 357'588 Quadratkilometer unser eigen nennen dürfen. Ob wir auch noch einmal eine Chance bekommen, wenn wir uns weiter von den USA vor deren Karren spannen lassen?

Dieser Artikel ist ohne „KI“ ausschliesslich mit Künstler-Intelligenz 😊 erstellt; zuerst hier <https://ansage.org/soll-deutschlands-wirtschaftsabsturz-militaerisch-kompensiert-werden/> erschienen.

Nachwort von Uwe Froschauer

Wenn Rolf Mützenich im Juli 2024 Bedenken gegen die geplante Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Deutschland äussert, bekommt er von der «Pazifistin» Annalena Baerbock – deren Partei auch gerne Wahlversprechen bricht – sofort Gegenwind. Herr Mützenich äusserte gegenüber den Zeitungen der Funke Mediengruppe:

«Wir müssen unsere Verteidigungsfähigkeit angesichts des russischen Überfalls auf die Ukraine verbessern, aber wir dürfen die Risiken dieser Stationierung nicht ausblenden.»

Mützenich will die Bedrohung durch Russland überhaupt nicht ignorieren; die NATO verfüge jedoch «auch ohne die neuen Systeme über eine umfassende, abgestufte Abschreckungsfähigkeit», so Mützenich. Weiterhin meinte der SPD-Fraktionsvorsitzende, die Waffensysteme, die nun neu stationiert werden sollen, hätten eine sehr kurze Vorwarnzeit und eröffneten neue technologische Fähigkeiten. «Die Gefahr einer unbeabsichtigten militärischen Eskalation ist beträchtlich», gab Mützenich zu bedenken. Darüber hinaus wünschte er sich, «dass die Bundesregierung ihre Entscheidung einbettet in Angebote zur Rüstungskontrolle».

So spricht ein Pazifist, der dem Oxymoron «Mit Waffen Frieden schaffen» nicht auf den Leim geht.

Wenn der ungarische Premierminister Viktor Orbán auf der Onlineplattform X schreibt:

«Man kann Frieden nicht von einem bequemen Sessel in Brüssel aus schaffen» und hinzufügt: «Auch wenn die rotierende EU-Ratspräsidentschaft kein Mandat hat, im Namen der EU zu verhandeln, können wir uns nicht zurücklehnen und darauf warten, dass der Krieg auf wundersame Weise endet. Wir werden ein wichtiges Instrument sein, um die ersten Schritte in Richtung Frieden zu machen,» wird er von den Kriegstreibern im In- und Ausland, die lieber Atomraketen in Europa stationieren, scharf kritisiert.

«Mit Waffen Frieden schaffen.» Anscheinend macht sich kaum jemand mehr Gedanken über diesen zutiefst dummen und verdummenden Spruch, ebenso wenig wie über die Worte «Nie wieder...».

Quelle: <https://wassersaenge.com/blogbeitraege/zielscheibe-und-kriegsland-deutschland/>

Amerika erreicht einen traurigen Meilenstein

Ron Paul

Letzte Woche erreichte die Staatsverschuldung 35 Billionen Dollar – nur sieben Monate, nachdem sie 34 Billionen Dollar erreicht hatte. Zum Vergleich: Die Staatsverschuldung erreichte erstmals im Oktober 1981 eine Billion Dollar, fast 200 Jahre nach der Ratifizierung der Verfassung!

Die Tatsache, dass die Regierung in etwas mehr als einem halben Jahr eine Billion Dollar an Schulden angehäuft hat, wurde von Präsident Biden, Vizepräsidentin Harris und den meisten anderen US-Politikern nicht für erwähnenswert gehalten. Dies ist nicht überraschend, da die Staatsverschuldung seit den Tagen der Tea-Party-Bewegung kein zentrales Thema mehr in DC ist. Die Bemühungen der Tea-Party-Bewegung, die Aufmerksamkeit auf die Schulden zu lenken, führten zu einem parteiübergreifenden Abkommen, das nur geringfügige Ausgabenkürzungen vorsah. Tatsächlich handelte es sich bei den meisten Kürzungen nicht um echte Kürzungen. Es handelte sich lediglich um Kürzungen der «projizierten Ausgabensteigerungsrate», d.h. die Ausgaben stiegen zwar immer noch, aber eben nicht mehr so stark wie ursprünglich geplant.

Dies war nicht das erste Mal, dass die scheinbaren Ausgabenbeschränkungen nur Schall und Rauch waren. So waren beispielsweise die Haushalts-«Überschüsse» der 1990er Jahre auf die Praxis der Regierung zurückzuführen, den Treuhandfonds der Sozialversicherung sowohl als Verbindlichkeit als auch als Aktivposten zu verbuchen, und nicht auf überparteiliche Haushaltsvereinbarungen.

Der von Donald Trump inspirierte Aufstieg eines «populistischen nationalistischen Konservatismus», der die Staatsverschuldung nicht in den Vordergrund stellt, bedeutet, dass die Republikaner weniger Anreiz haben, überhaupt über die Verschuldung zu sprechen – abgesehen von berechtigten, wenn auch heuchlerischen Angriffen auf die übermässigen Ausgaben von Präsident Biden und den Demokraten im Kongress. In ähnlicher Weise hat der Aufstieg einer von Bernie Sanders beeinflussten «neuen Linken» dazu geführt, dass selbst zentristische Demokraten aufhören, Lippenbekenntnisse zum Defizitabbau abzugeben.

Viele Demokraten, einschliesslich derjenigen, die sich die moderne Geldtheorie zu eigen gemacht haben, stimmen mit dem ehemaligen Vizepräsidenten Dick Cheney überein, dass «Defizite keine Rolle spielen». Die moderne Geldtheorie geht davon aus, dass die Regierung die Verschuldung endlos erhöhen kann, solange

die Zentralbank die Staatsschulden monetarisieren und die Zinssätze niedrig halten kann. Dies ist nicht wirklich modern, da die Zentralbank seit langem als «grosser Ermöglicher» der Staatsverschuldung agiert. Diejenigen, die so tun, als ob Defizite keine Rolle spielen, ignorieren die Tatsache, dass die Zinsen auf die Staatsschulden bald der grösste Posten im Bundeshaushalt sein werden und bis zu 40 Prozent der Bundes-einnahmen verschlingen. Das ist nicht tragbar. Die Abwertung des Dollars infolge der Bemühungen der Federal Reserve, die Wirtschaft anzukurbeln und die Staatsschulden zu monetarisieren, wird in Verbindung mit dem zunehmenden Widerstand gegen die hyper-interventionistische Aussenpolitik der USA dazu führen, dass der Status des Dollars als Weltreservewährung abgelehnt wird. Wenn dies geschieht, wird es zu einer grossen Wirtschaftskrise kommen, wie sie dieses Land seit der Grossen Depression nicht mehr erlebt hat.

Diese Krise könnte dazu führen, dass der Autoritarismus sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite an Zustimmung gewinnt. Das Ergebnis wird eine noch stärkere Einschränkung der wirtschaftlichen und bürgerlichen Freiheiten und eine noch kriegereischere Aussenpolitik sein, bei der diejenigen, die den Status des Dollars als Reservewährung ablehnen, zum Sündenbock für die wirtschaftlichen Probleme des Landes gemacht werden.

Auf die Wirtschaftskrise kann aber auch eine Gesellschaft mit einem Minimum an Staat und mehr Freiheit folgen. Die Freiheitsbewegung ist noch im Wachstum begriffen. Diejenigen, die die Philosophie der Freiheit und der gesunden Wirtschaft verstehen, müssen weiterhin die Wahrheit über die Gefahren des Fiat-Geldes und das Wachstum der staatlichen Macht und der Staatsschulden verbreiten. Sie müssen auch die Vorteile des freien Marktes, der persönlichen Freiheit, des soliden Geldes und des Friedens vermitteln.

erschienen am 5. August 2024 auf > Ron Paul Institute for Peace and Prosperity

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2024_08_07_amerikaerreicht.htm

Israel kann sich alles erlauben ...

Von Peter Haisenko, August 1, 2024.

... und die USA auch. Völkerrecht, UN-Beschlüsse, Menschenrechte? So etwas gilt doch nur für die anderen. Jetzt gab es wieder zwei Meldungen, die belegen, mit welcher Chuzpe diese zwei Staaten mit internationalen und Menschenrechten umgehen.

Seit gut zehn Jahren greift Israel immer wieder Syrien an. Mal mit Raketen oder auch mit Kampfflugzeugen. Israel tut das nach Belieben und kann das, weil der Wertewesten geflissentlich darüber hinwegsieht. Tatsächlich handelt es sich dabei um fortlaufende und schwere Verstösse gegen jegliches internationale Recht. Die UN stellt zwar immer wieder diesen Tatbestand fest, verfasst Resolutionen, aber das könnten die auch einfach lassen. Schliesslich hat der Staat Israel seit seinem Bestehen noch jede UN-Resolution einfach missachtet. Man könnte sagen, in die Tonne getreten. Jetzt hat die UN Israel vorgeworfen, Häftlinge in grossem Ausmass zu foltern. Die Meldung lautet:

«Das UN-Menschenrechtsbüro wirft den israelischen Strafvollzugsbehörden massive Misshandlungen palästinensischer Häftlinge vor. Palästinenser, die seit dem von der Hamas angeführten Terrorangriff auf Israel am 7. Oktober festgesetzt wurden, seien in Gefangenschaft mit Waterboarding, Schlafentzug, Elektroschocks und anderen Foltermethoden gequält worden, so der UN-Bericht.

Mit Stand Ende Juni sind demnach über 9400 Sicherheitshäftlinge festgehalten worden. Mindestens 53 Menschen seien in israelischem Gewahrsam gestorben.»



Freispruch schon in der Meldung?

Schon diese Meldung ist tendenziös. Mit dem Hinweis auf den Terrorangriff wird Israel praktisch schon entlastet, denn diese Untaten sind ja nur eine Reaktion auf den Terrorangriff. Terrorangriff? Wird diese Beschreibung auch verwendet, wenn über die israelischen Bombardements von Gasa berichtet wird? Darüber, dass zehntausende Palästinenser, Männer, Frauen Kinder, einem grausamen Tod zugeführt worden sind, wogegen sie sich in keiner Weise wehren können? Ach ja, das sind nur «Kollateralschäden», denn Israel greift ja nur Hamas-Kämpfer an. So, wie auch in Syrien oder Jordanien nur Terroristen mit Iran-Verbindung ermordet werden. Das ist natürlich eine gute Sache und was soll's, wenn dabei eine Unzahl von Zivilisten ihr Leben lassen müssen? Der Wertewesten schweigt dazu.

Eine weitere Meldung vom 1. August 2024 bezieht sich auf die USA. ntv schreibt: «23 Jahre nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wird der mutmassliche Drahtzieher voraussichtlich ein Schuldbekenntnis unterschreiben. Chalid Scheich Mohammed befindet sich immer noch im berüchtigten US-Gefangenenlager Guantanamo. Jetzt stimmt er offenbar einem Deal zu.

Der mutmassliche Chefplaner der Terroranschläge vom 11. September 2001 und weitere Mitangeklagte wollen nach Angaben der US-Regierung eine Vereinbarung mit der Justiz eingehen und sich schuldig bekennen. Chalid Scheich Mohammed und zwei weitere Beschuldigte hätten einer solchen Einigung zugestimmt, teilte das US-Verteidigungsministerium mit ... Der inzwischen 60 Jahre alte Chalid Scheich Mohammed wurde 2003 in seinem Heimatland Pakistan festgenommen. Im Anschluss wurde er vom US-Geheimdienst CIA verhört. Einem Bericht des US-Senats zufolge wurde er während der Verhöre gefoltert. 2006 wurde er ins US-Gefangenenlager Guantanamo überstellt.

Mutmassliche Täter werden gefoltert

Lesen wir diese Meldung richtig: Der mutmassliche Chefplaner der Terroranschläge vom 11. September 2001 wurde so lange gefoltert, bis er in seiner Not etwas zugibt, was man ihm vor Gerichten, selbst Militärgerichten, nicht nachweisen kann. Er wurde zwanzig Jahre gefoltert und allein der erzwungene Aufenthalt in Guantanamo ist schon Folter, die jeglichen Menschenrechten Hohn spricht. Gab es da nicht einen Friedensnobelpreisträger, der vor 15 Jahren versprochen hatte, das Folterlager Guantanamo umgehend zu schliessen? Das heisst, selbst dieser US-Präsident ist sich sehr wohl bewusst, dass das Treiben der Amerikaner in Guantanamo mit nichts zu rechtfertigen ist. Der Wertewesten schweigt dazu.

Halten wir also fest: Nicht ein einziger der von Israel oder den USA gefolterten hat ein ordentliches Gerichtsverfahren hinter sich. Nach gültigem internationalem Recht sind sie unschuldig, bis ein neutrales Gericht ihre Schuld festgestellt hat. Es werden folglich Unschuldige gefoltert, bis sie zerbrechen und eine Schuld zugeben, die wahrscheinlich nicht zutrifft. Nur am Rand erwähne ich noch Julian Assange, der sich auch nach jahrelanger Folterhaft «schuldig» bekannt hat. Der Wertewesten schweigt dazu. Betrachten wir jetzt ein Kontrastprogramm. Ein gewisser Herr Navalny ist von einem ordentlichen Gericht in Moskau für diverse Straftaten zu einigen Jahren Haft verurteilt worden. Also eine zeitlich begrenzte Inhaftierung, von der Guantanamo-Häftlinge nur träumen können. Der Wertewesten schrie laut auf und forderte die sofortige Freilassung dieses verurteilten Verbrechers. Desgleichen bei Chodorkowsky, dessen Verurteilung für Steuervergehen sogar vom EuGH nicht beanstandet werden konnte. Und diverse andere.

Geheime Foltergefängnisse der USA in aller Welt

Können Sie sich noch daran erinnern, wie die USA Menschen nach Syrien verbrachten, um sie dort Foltern zu lassen? Oder an die ausgelagerten Foltergefängnisse der USA in diversen Staaten im ehemaligen Ostblock? Wohin sogar ein in Deutschland Geborener verbracht worden ist und den ein Herr Steinmeier noch Jahre in Guantanamo schmachten und foltern liess, anstatt ihn sofort als freien Mann nach Deutschland zu holen, nachdem von allen Geheimdiensten seine Unschuld festgestellt worden ist. Der Mann heisst Murat Kurnaz. Mehr dazu hier:

https://de.wikipedia.org/wiki/Murat_Kurnaz

Der Wertewesten schweigt dazu.

Doch zurück zu Israel. Mit anmassender Selbstverständlichkeit ermordet Israel Persönlichkeiten fremder Nationen in anderen Ländern, inklusive der zahlreichen Zivilisten, die von den «Präzisionsschlägen» auch getroffen werden. Nicht nur überall in Syrien oder dem Libanon, sondern jetzt auch in Teheran. Dem türkischen Präsidenten wird das Schicksal von Saddam Hussein angedroht, weil er es wagt, Israel Gewalt anzu-drohen, wenn der Völkermord in Gaza nicht umgehend eingestellt wird. Aber was sollen die Forderungen nach einem Waffenstillstand dort, wenn der gesamte Bereich bereits unbewohnbar gebombt worden ist? Wenn die Menschen dort schon jetzt und für unabsehbar lange Zeit Hunger und Elend ausgeliefert sind und Probleme haben, überhaupt noch Trinkwasser zu bekommen? Hat man schon etwas davon gehört, wie diese Massaker jemals wieder gut gemacht werden sollen? Wie und wo in Zukunft Palästinenser leben können? Ich jedenfalls erinnere mich dazu nur an die Aussage aus Israel, dass die Palästinenser nach Deutschland auswandern sollen.

Zwei Staaten, die auf Mord und Totschlag gegründet sind

Seit der Gründung des Staats Israel betreibt dieser Staat eine Vertreibungs- und Entvölkerungspolitik gegenüber den Palästinensern. Jegliche Resolutionen und Ermahnungen Seitens der UN werden einfach ignoriert. Das können sie nur, weil sie vom Westen, vor allem den USA und Deutschland, mit Waffen versorgt werden. Auch die Bomben, die auf Gaza abgeworfen worden sind, wurden zu grossen Teilen von den USA geliefert. Noch immer. Woher die Waffen kommen, mit denen Syrien, Libanon und jetzt Teheran angegriffen worden sind, ist auch eine offene Frage. Aber warum drängen die Hüter von Demokratie und Menschenrechten, die USA, Israel nicht zur Einhaltung von UN-Resolutionen? Das können sie nicht, wegen ihrer eigenen Geschichte. Die USA und Israel haben nämlich etwas gemeinsam. Beide haben die Ureinwohner vertrieben und ermordet, um ihre Staaten überhaupt etablieren zu können. Die USA noch konsequenter, skrupelloser und nachhaltiger als Israel.

USA und Israel sind Staaten, die auf Gewalt, Faustrecht und Unrecht aufgebaut sind. Sie sind in diesem Sinn Waffenbrüder, die sich gegenseitig nichts vorwerfen können. Dazu kommt, dass den USA der ewige Konfliktherd Israel sehr zu Pass kommt, für ihre geostrategischen Ziele. So, wie einst das geteilte Berlin oder das immer noch geteilte Korea. Oder Vietnam, das auch in Nord und Süd aufgeteilt geblieben wäre, wenn es nach den Plänen der USA ausgegangen wäre. Oder so, wie die USA auch den Ukraine-Konflikt am liebsten «einfrieren» würden, um auch dort einen ewigen Konfliktherd zu erhalten. Nein, weder in Palästina, noch in der Ukraine, kann ein Waffenstillstand zum Frieden führen. Beides wären dann nur weitere auf ewig drohende Konfliktherde, die jederzeit reaktiviert werden können.

Was man mit Gewalt erwirbt, kann nur mit Gewalt erhalten werden

Israel und die USA können sich – noch – alles erlauben. Die USA wegen ihres übergrossen Militärs und Israel, weil die USA ihre schützende Hand darüber halten. Noch ... Mit dem Ukraine-Krieg ist aber sichtbar geworden, dass die NATO-Armeen nur Theaterarmeen sind. So, wie das US-Militär nur gegen schwache, eher wehrlose Staaten reüssieren kann. Sogar gegen die Taliban in Afghanistan mussten sie klein begeben und jetzt können sie nicht einmal gegen den Jemen punkten. Den Jemen, der als Armenhaus der Arabischen Halbinsel bezeichnet werden kann. Wollten sich die USA mit dem Iran ernsthaft anlegen, würde ihnen dort eine Abfuhr erteilt, von der sie sich nicht mehr erholen könnten. Das sagen auch amerikanische Analysten. Es sei denn, sie würden Atomwaffen einsetzen und wir sollten gerade Anfang August nicht vergessen, dass es die USA waren, die als einzige Atombomben auf Städte abgeworfen haben. Es sei noch daran erinnert, dass die USA 1967 während des «Sechs-Tage-Kriegs» nur Minuten davon entfernt waren, Atombomben auf Kairo abzuwerfen. Stichwort: USS Liberty. Mehr darüber in meinem Werk «England, die Deutschen, die Juden und das 20. Jahrhundert».

Die Politik, die Kriegspolitik Israels ist irrational. Sie entspringt einer Hybris, einer Arroganz, die nur aufrecht-erhalten werden kann, weil der Wertewesten alle seine hehren Prinzipien zur Seite legt, wenn es um Israel oder die USA geht. Solange es so bleibt, kann sich Israel alles erlauben. Aber die Gefahr besteht, dass sich dieser schmale Streifen an der Ostküste des Mittelmeers mit dieser Politik sein eigenes Grab gräbt. In Israel leben etwa sieben Millionen Juden. Der Iran hat etwa 90 Millionen Einwohner. Ägypten etwa dasselbe und etliche Millionen an anderen Arabern kommen hinzu. Viel Feind, viel Ehr? Daran ist schon mal jemand gescheitert. Damit Israel eine Chance zum Überleben hat, muss seine Politik drastisch geändert werden. Vielleicht wäre es ein Anfang, wenn Israel zu einem demokratischen Staat würde. In dem Sinn, dass allen Einwohnern innerhalb des Machbereichs Israels ein Wahlrecht zuerkannt wird. Alles andere ist ein Apartheidsstaat und das ist der Status quo. Und auch das kann sich Israel erlauben, denn der Wertewesten schweigt dazu.

Jackson Hinkle 🇺🇸 @jacksonhinkle · 19 4
🇷🇺 🇺🇸 Why is Russia banned from the Olympics but ISRAEL isn't??



Quelle: <https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-20242/israel-kann-sich-alles-erlauben/>

Rede zum 1. August 2024 in Saas Almagell VS – Christoph Blocher Walliser und Schweizer Freiheit Ansprache zum Nationalfeiertag

*Von Christoph Blocher, alt Bundesrat, alt Nationalrat
Mittwoch, 31. Juli 2024 in Saas Almagell VS*

Die schriftliche Fassung ist ab 31. Juli 2024 – 21.00 Uhr auf www.proschweiz.ch, www.blocher.ch, www.svp.ch, www.svp-zh.ch abrufbar. Es gilt sowohl das schriftliche wie das gesprochene Wort, wobei sich der Redner vorbehält, stark vom Manuskript abzuweichen. Sperrfrist: 31.7.2024, 21.00 Uhr.

Herr Gemeindepräsident, Herr OK-Präsident, Liebe Saaserinnen und Saaser, Liebe Walliserinnen und Walliser, Verehrte Mitgäste aus der Üsser-Schwiiz, Getreue, liebe Mitlandleute, Liebe Frauen und Männer!

1. Begrüssung

Gerne bin ich der Einladung Ihres grandiosen Hoteliers Fabian Zurbriggen, gleichzeitig Organisator Ihrer Bundesfeier 2024, gefolgt, heute zu Ihnen ein paar Worte zu sprechen. Warum sagte ich dieses Jahr genau Ihrer Region zu? Wir wurden orientiert, dass vor allem von Saas-Grund bis hinunter nach Saas-Balen das Wasser mit Schlamm und Geröll manche Häuser und auch sonst einen erheblichen Teil des Dorfes verwüstet habe. Menschen haben ihr Heim und ihre Existenz verloren. Gutgemeinte sogenannte «Renaturierungsmassnahmen» der letzten Jahre wurden durch das Unwetter einfach weggeschwemmt. Aber mitten in den Rettungsmassnahmen wäre ich nicht gekommen. Aus meiner politischen und militärischen Erfahrung weiss ich: Politiker, die mit einem Medientross anrauschen, um sich fotografieren zu lassen und so tun, als könnten sie helfen, stehen vor allem im Weg. Die Rettungskräfte müssen sich dann um diese Politiker und das Fotosujet kümmern, statt um die Trümmerbewältigung.

2. Geburtstag der Schweiz

Aber heute feiern wir den Geburtstag unseres Landes – der Schweiz. Auch wenn weder mein Kanton Zürich noch das Wallis im Gründungsjahr 1291 zur Schweiz gehört haben. Aber genau wie die Gründungskantone Uri, Schwyz und Unterwalden haben die Walliser, die Walliser Gemeinden und die verschiedenen Zenden in den Walliser Talschaften auf ihre Eigenständigkeit und Freiheit gepocht. (Im «Züribiet» wird erzählt, dass früher im Oberwallis sogar noch jede Gemeinde ihren eigenen Galgen gehabt habe. Man behauptet, dass in Saas Almagell einmal ein durchreisender Zürcher zum Tod am Galgen verurteilt wurde. Die Almageller hätten sich allerdings quergestellt und gerufen: «Dieser Galgen ist für uns und unsere Nachkommen bestimmt und nicht für hergelaufene fremde Fötzel!»)

3. Besonderheiten der schweizerischen Bundesfeier

Aber zum Glück feiern wir heute keinen Galgen, sondern den 733. Geburtstag unserer Schweiz. Wir Schweizer begehen den Nationalfeiertag am 1. August, weil im Bundesbrief der alten Eidgenossen aus dem Jahr 1291 steht: «Gegeben zu Anfang August 1291». Und wir feiern den Tag typisch schweizerisch: Es gibt keine zentrale, pompöse Feier in der Bundeshauptstadt oder auf dem Rütli – nichts mit Militärparaden, Kranzniederlegungen und grossen Staatsakten. Nein, wir feiern im kleinen Kreis, in den Familien, im Quartier, in den Dörfern. Überall, wo heute Menschen zusammenkommen, ist 1. August. Es gibt keine Festbankette mit sieben Gängen, sondern eine bescheidene Bratwurst oder ein Raclette mit einer Kartoffel, kein einstündiges Feuerwerk, sondern Höhenfeuer und Lampions.

4. Schweiz von unten entstanden

Dass macht Sinn, denn die schweizerische Eidgenossenschaft ist von unten entstanden, nicht «von oben» befohlen, angeordnet, organisiert und finanziert worden. Nein, Sie im Dorf Saas Almagell haben sich für diese Feier freiwillig zusammengetan. Ich möchte darum allen Helferinnen und Helfern für Ihre grosse Arbeit bei der Vorbereitung und Durchführung dieser 1.-August-Feier herzlich danken. Ihr Engagement mitten in der Ferienzeit ist alles andere als selbstverständlich.

5. Wallis als «zugewandter Ort»

Sie wissen es: Der Bund der Eidgenossen von 1291 wurde von den Talleuten von Uri, Schwyz und Unterwalden geschworen. Die Walliser, auch die Saastaler, waren damals genauso wenig dabei wie meine Vorfahren aus dem Zürcher Säuliamt oder aus dem Berner Oberland. Aber dem Kampf um Freiheit, Eigenständigkeit und Selbstbestimmung haben sich auch die Walliser schon früh verschrieben. Das zeigt sich auch darin, dass sich der Kanton Wallis schon 1403 als «zugewandter Ort» zu den Eidgenossen bekannte.

6. Parallele Urkantone und Wallis

Genau wie die Urkantone Uri, Schwyz und Unterwalden die fremde Herrschaft der Habsburger abgeschüttelt haben, wollten sich die Oberwalliser möglichst freimachen von der Herrschaft des Fürstbischofs von Sitten. Und genau wie die Nord-Süd-Verbindung des Gotthards für die Gründung der Eidgenossenschaft grundlegend war, waren für die Walliser die Pässe von Simplon und Grosser St. Bernhard lebenswichtig. Die institutionelle Zusammengehörigkeit steht nicht im Vordergrund, es ist der Geist der Freiheit, der Geist der Selbstbestimmung und Selbstverantwortung der zählt. In der alten Eidgenossenschaft und im Oberwallis. Darum waren das Wallis und die Eidgenossenschaft gegenseitig Freunde und Gesinnungsgenossen, bis das Wallis 1815, wenn auch mehr aus Notwendigkeit als aus Begeisterung, der Eidgenossenschaft beigetreten ist.

7. Mattias Schiner

An bedeutenden Walliser fehlte es schon früh nicht. Ich denke hier an Ihren Landsmann Kardinal Matthäus Schiner – den Bauernbub aus Ernen –, der 1522 fast zum Papst gewählt worden wäre. Schiner war aber vor allem ein grossartiger Diplomat. Nachdem die Eidgenossen 1515 die Schlacht von Marignano verloren hatten, kam es zu einem Friedensschluss. Und wissen Sie, was passierte? Die schlaun Verhandler unter Matthäus Schiner sicherten der Schweiz – als bei Marignano geschlagener Macht – das Tessin, das Veltlin und obendrein noch Bormio und Chiavenna. Solche Verhandler wie den Walliser Kardinal Matthäus Schiner sollten wir heute nach Brüssel zur EU schicken! Könntet Ihr Oberwalliser nicht wieder einen wie Kardinal Schiner für die Schweiz zur Verfügung stellen? Mit ihm würde unser Land seine Selbständigkeit wohl nicht aufgeben.

8. Blick auf eine gestörte Welt

Meine Damen und Herren, wenn wir heute in die Welt schauen, sind wir manchmal etwas verzweifelt: Kaum war die Covid-Pandemie vorbei, ist der Krieg zurückgekehrt: Nur wenige Flugstunden von uns entfernt. Atommächte bedrohen sich gegenseitig. In Deutschland haben wir das Gefühl, dass die Regierung das eigene Land abschaffen will, in Frankreich herrscht ein Salat, in Amerika vor den Präsidentenwahlen schüttelt man den Kopf. Mit einem Wort: Die Welt spinnt. Ich fahre hier in der kleinen Schweiz durchs Land, durch Dörfer und über Felder. Die Bürger halten Ordnung, wollen Freiheit und Frieden. Freuen wir uns, dass es uns – dank selbstverantwortlichen Bürgern – besser geht. Darum ist die Schweiz in Ordnung. Doch oben in Bundesbern stürmt man in die NATO, in fremde Kriege, reisst die Türen zum Ausland auf, dass jeder, der Einlass will, rein kann. Und man verhandelt in Brüssel und akzeptiert, dass eine fremde Macht – die EU – in der Schweiz die Gesetze macht und fremde Richter – der EU-Gerichtshof, ein Gericht der Gegenpartei – unsere Richter sein sollen. Das Volk soll ausgeschaltet werden.

9. Was tun in dieser Situation? Freiheit und Unabhängigkeit wahren.

Wenn die Welt spinnt, sollten wir uns auf das Bewährte, auf das Lebens-Erprobte zurückbesinnen. Zum Beispiel auf den Bundesbrief von 1291, wo es heisst, «in der Arglist der Zeit» zusammenstehen und das Heft selber in die Hände nehmen! Oder wie Ihr Walliser auf Eure 400-jährige Mitgliedschaft als «zugewandter Ort» der Eidgenossenschaft oder ab 1815 als Mitglied der Eigenossenschaft als freiheitlicher, direktdemokratischer und dauernd neutraler Staat sich nicht in fremde Händel hineinziehen lassen.

10. Warum geht es der Schweiz besser?

Warum steht die Schweiz heute so viel besser – oder zumindest weniger schlecht – da als fast alle Länder dieser Welt? Massgebend ist das Festhalten an der Freiheit der Bürger und an der Unabhängigkeit des Landes. Festhalten an der dauernden, bewaffneten umfassenden Neutralität. Am Ursprung unseres Landes steht kein Herrscherwille, kein Verfassungswerk von Staatsrechtsprofessoren und Bundesjuristen. Sonst würde der Bundesbrief von 1291 nicht 17 Zeilen umfassen, sondern er würde 273 Bundesordner füllen! Doch die frühesten Eidgenossen waren einfache Bauern und Hirten, die nicht einmal lesen und schreiben konnten – ein Mönch hat den Bundesbrief für sie schriftlich festgehalten. Aber diese Bundesgründer standen mit beiden Beinen im realen Leben, sie kannten die Lebenswirklichkeit und hatten einen gesunden Menschenverstand.

11..Wer setzt das Recht im Staat?

Der Bundesbrief von 1291 beantwortete die wichtigste Frage unseres Zusammenlebens überhaupt: Wer setzt im Staat das Recht? Für uns Schweizer ist diese Frage eigentlich seit 1291 beantwortet: Es ist das

Volk, es ist der Souverän, es sind Sie, meine Damen und Herren: In der schriftlichen Bundesverfassung von 1848, 1874 und 1999 festgehalten: Sie – und niemand sonst – sind der oberste Chef in diesem Land!

12. Was wollen die Politiker, die Verwaltung?

Sie wollen keine unabhängige und vor allem keine direktdemokratische, keine neutrale Schweiz. Nein, der ständige Druck von Referenden und Initiativen im Nacken ist für sie mühsam und ärgerlich. Sie fürchten den Entscheid des Volkes! Darum wollen sie in die EU, in die NATO, in internationale Organisationen, wo andere – nicht das Schweizer Volk – befehlen.

13. Rahmenvertrag 2.0

Gegenwärtig verhandeln unsere Schweizer Vertreter in Brüssel über einen neuen Rahmenvertrag 2.0, wie ich höre Tag und Nacht. (Ich glaube allerdings nur am Tag, denn sie halten sich ja an die Bürozeiten). Aber das Wichtigste haben sie schon lange preisgegeben: Die autonome Gesetzgebung der Schweiz. Unsere eigenen Leute akzeptieren die EU als Gesetzgeber der Schweiz und den EU-Gerichtshof. Nein, meine Damen und Herren, das darf sich das eigenverantwortliche Schweizer Volk nicht gefallen lassen.

14. Grundlage der Wohlfahrt

Dank dem Grundsatz der Volkssouveränität ist die Schweiz vom Armenhaus Europas zu einem der wohlhabendsten Länder der Welt aufgestiegen.

15. Neutralität

Auch hat uns die wertvolle Staatsmaxime der immerwährenden, bewaffneten, umfassenden Neutralität über 200 Jahre vor Kriegen verschont, speziell von zwei schrecklichen Weltkriegen im 20. Jahrhundert. In Zeiten, in denen der Krieg nach Europa zurückgekehrt ist, sollten wir erst recht an der Neutralität festhalten, statt zur Kriegspartei zu werden. Die Neutralität ist genau wie die Volksrechte nicht für den Bundesrat, nicht für die Politiker, nicht für die Generäle geschaffen worden. Sondern zum Schutz der Schweizer Bevölkerung, damit die Schweiz nicht durch die Politiker in Konflikte und Kriege hineingezogen wird. Die Neutralität auferlegt uns aussenpolitische Zurückhaltung und nimmt uns aus dem Spiel der Machtpolitik – das beste Mittel der Friedensförderung! Und die Neutralität verhindert, dass die Schweiz im Ausland Krieg führt. Wir haben eine Milizarmee, damit sie niemanden überfällt, sondern einzig der Landesverteidigung dient.

16. Zurück zur Bescheidenheit

Meine Damen und Herren, die Schweiz und besonders auch das Wallis sind seit Jahrhunderten überaus weltoffen. Unser Land pflegte immer gute Beziehungen zu allen Ländern rund um den Erdball – nicht zuletzt dank der Neutralität. Wären alle Länder neutral, gäbe es überhaupt keine Kriege mehr! Ich selber habe als Unternehmer 96 Prozent meiner Produkte ins Ausland exportiert. Es wäre mir aber nie in den Sinn gekommen, wegen eines Wegfalls von ein paar bürokratischen Hürden im EU-Raum oder erleichterten Zertifizierungen das Erfolgsmodell Schweiz zu gefährden und den Bürgern das Stimmrecht wegzunehmen. Nein, die Schweizer sagten immer: Bei aller Weltoffenheit, bei allen guten Beziehungen rund um den Globus: Wir wollen uns selber regieren, und nicht durch andere unsere Zukunft bestimmen lassen. «Wir wollen frei sein, wie die Väter waren!»

Meine Damen und Herren, wir wollen nicht mehr und nicht weniger als diesen kleinen Staat: Ein festes Haus mit weiten Fenstern in die Welt hinaus, aber auch mit Türen, die wir eigenständig öffnen und schliessen können.

– Es lebe die Schweiz!

– Vive la Suisse!

– Viva la Svizzerà!

– Viva la Svizra!

– Es lebe das Wallis und ihre schöne Gemeinde Saas-Almagell!

ARD kontra BSW: Der ÖRR gibt den Anschein von politischer Neutralität auf

Posted on 1. August 2024 by Maren Müller

Update 2.8.2024: Wir erhoben Programmbeschwerde wegen unkommentierten inhaltlichen Änderns des Beitrages im Onlineangebot der Tagesschau. Insgesamt wurden in der Beitragsversion vom 31.7.2024 drei abweichende Textstellen gefunden.

<https://publikumskonferenz.de/forum/viewtopic.php?p=10484#p10484>

Kommentar von Norbert Häring zum Thema:

<https://norberthaering.de/propaganda-zensur/ard-contra-bsw2/>



Mit einer Kampfschrift gegen das Bündnis Sahra Wagenknecht mit dem Titel «Auf Linie mit der russischen Propaganda» gibt die ARD den Anschein auf, parteipolitisch neutral zu berichten. Sie verletzt damit ihren Auftrag, den ohne Mitspracherecht zur Zahlung des Rundfunkbeitrags verpflichteten Bürgern ausgewogene Information zu liefern. Da beim Bundesverwaltungsgericht ein Gerichtsverfahren anhängig ist, das die Rundfunkbeitragspflicht mit diesem Argument angreift, ist ziemlich riskant, was die ARD da tut.

Beitrag von Norbert Häring

Die Verzweiflung bei den Regierenden und Militärs über die sehr guten Umfragewerte von BSW (und AfD und Sonstigen) vor den Landtagswahlen in Ostdeutschland und der Bundestagswahl im nächsten Jahr scheint gross zu sein. Anders ist es kaum zu erklären, dass man den berüchtigten Faktenerfinder der ARD Pascal Siggelkow, einen unentwegten Regierungs- und NATO-Verteidiger, losschickt, um eine als Faktencheck getarnte Kampfschrift gegen das BSW zu verfassen.

Dass man mit einem derart offenkundig einseitigen Werk eine signifikante Anzahl von Menschen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg davon abhalten kann, BSW zu wählen, verspricht man sich davon sicherlich nicht. Dafür bräuchte es jemand, der in der Lage ist, seine Einseitigkeit besser zu verstecken. Die Funktion wird vielmehr sein, das Signal zum Angriff zu geben. Bisher hat man BSW eher mit Samthandschuhen angefasst, weil man hoffte, die neue Partei werde den Höhenflug der AfD beenden helfen. Stattdessen hat sie vor allem der Linken und den Parteien der extremen Mitte (Umfrage-)Stimmen abgenommen. Und zwar so viele, dass in Thüringen alle drei Bundesregierungsparteien unter die Fünfprozenthürde fallen könnten. Und kürzlich hat Sahra Wagenknecht auch noch die Koalitionsoption mit der CDU infrage gestellt, indem sie diese vom bundespolitischen Willen der Union abhängig machte, sich für eine Verhandlungslösung im Russland-Ukraine-Krieg stark zu machen.

Mit der Kampfschrift signalisiert die ARD allen Journalisten des Senders und darüber hinaus des öffentlich-rechtlichen Rundfunks: Das Themenfeld Russland-Ukraine- NATO und die Haltung des BSW dazu haben höchste Priorität. Ab jetzt gilt: Auf sie mit Gebrüll.

Nicht einmal der Anschein von Objektivität

Siggelkow pickt sich Aussagen von Wagenknecht der letzten zweieinhalb Jahre und beliebiger BSW-Politiker zum Thema NATO-Russland-Ukraine heraus und bezeichnet sie als falsch. Als Gegenbeweis reicht oft, dass

das Gegenteil (als ziemlich sicher gilt), oder dass bei der Behauptung angeblich Kontext fehlte oder man es auch anders sehen oder rechnen kann.

Die Zeugen der Anklage sind Julia Smirnova vom NATO- und geheimdienstnahen Institute for Strategic Dialogue (ISD) und der seit Jahren sehr eifrig und stramm auf NATO-Linie kommunizierende Direktor des Instituts für Osteuropäische Geschichte der Uni Tübingen, Klaus Gestwa. Dieser betreut seit 2013 als Vertrauensdozent der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung die von diesen geförderten sozialdemokratisch denkenden Studenten. Es gibt wenige in der Rest-SPD, die Sahra Wagenknecht und das BSW nicht hassen und verachten. Gestwa ist gern genommener «Experte», wenn die ARD-Faktenerfinder einflussreiche Persönlichkeiten diskreditieren wollen, die nicht stramm auf NATO-Linie argumentieren.

Das ISD, eine «globale Organisation gegen Extremismus und Desinformation», mit Büros ausser in London auch in Washington DC, Berlin, Amman, Nairobi und Paris, bekommt seine Projekte von verschiedenen Bundesministerien, der Gates-Stiftung und der Bosch-Stiftung gefördert. Im Vorstand sitzt unter anderem der ehemalige Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg. Kein BSW-naher oder auch nur neutraler Experte darf als Gegenstimme zu Wort kommen.

Bei den eigenen Falschaussagen und Fehlleistungen, und denen ihrer Experten, sind die ARD-Faktenerfinder sehr viel gnädiger als beim BSW. Sie schauen seltenst zurück, um zu prüfen und nötigenfalls (das wäre oft) zu korrigieren. So hat der ARD-Faktenerfinder mit der «Expertise» von Julia Smirnova von ISD im Juli 2023 Berichte über ein Scheitern der ukrainischen «Sommeroffensive» als unglaublich und inspiriert von russischer Propaganda dargestellt. Wenig später war klar, dass die Berichte zutrafen.

Bundesverwaltungsgericht untersucht Verletzung des Auftrags

Ein Beitragsverweigerer aus Bayern argumentiert in seinem Gerichtsverfahren, es sei nicht zulässig, den Rundfunkbeitrag zu fordern, wenn die Sender ihren Auftrag zur Sicherung der Meinungsvielfalt verfehlten. Den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof überzeugte das nicht, doch das Bundesverwaltungsgericht entschied im Juni eine Revision zuzulassen und sich der Sache anzunehmen. Ich habe zwar aufgrund eigener Erfahrungen mit dem zuständigen Senat des Bundesverwaltungsgerichts erhebliche Zweifel, dass dabei etwas anderes herauskommt als ein Persilschein für den Rundfunk. Aber, wenn ich mich täuschte, hätte das sehr weitreichende Konsequenzen.

Anfang April haben Mitarbeiter von ARD, ZDF und Deutschlandradio ein Schreiben veröffentlicht, in dem sie die Einseitigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks kritisieren. Sie sehen den Programmauftrag und die im Medienstaatsvertrag festgelegten Grundsätze verletzt und kritisieren eine «Eingrenzung des Debattraums», ein Verschwimmen von «Meinungsmache und Berichterstattung» sowie zu wenig «inhaltliche Auseinandersetzungen mit konträren Meinungen».

Nun kann der Kläger auch noch eine als Faktencheck getarnte Kampfschrift gegen eine (noch) nicht in den Rundfunkräten vertretene Partei zum Beleg der Einseitigkeit anführen. Bei dem angelegten Standard für Fehlerhaftigkeit könnte die ARD von jeder Partei eindrucksvolle Listen von falschen Aussagen und Einschätzungen erstellen und checken. Gerade hatte die Aussage, des früheren Umweltministers Jürgen Trittin 20jähriges Jubiläum, wonach die Energiewende uns nicht mehr als den Gegenwert von einem Eis pro Monat kosten werde. Falschaussagen und Falschprognosen dieser Art von Grünenpolitikern sind Legion. Einen Faktencheck zu Falschaussagen von Grünenpolitikern in Sachen Energiewende gibt es jedoch nicht. Auch die vielen Falschbehauptungen der Aussenministerin Annalena Baerbock wurden vom ARD-Faktenfinder noch nicht aufgespießt. Allenfalls die AfD wurde von der ARD mit Kampfschriften bedacht wie jetzt das BSW.

Von Timo Rieg gibt es eine Analyse mit Fallsammlung über Qualitätsdefizite im Corona-Journalismus, die vor allem auf Ausgewogenheit und Meinungsvielfalt hin untersucht. Auch auf diesem Blog findet man unter der Rubrik «Propaganda und Zensur» oder indem man in die Suchmaske «FAKTENfinder», «ARD», «ZDF» oder «öffentlich-rechtlich» eingibt, sehr viele Beispiele ausgeprägt einseitiger Berichterstattung an der Grenze oder jenseits der Grenze zur Propaganda.

Dieser Beitrag erschien zuerst im Blog von Norbert Häring. Wir bedanken uns beim Autor für die Genehmigung zur Zweitveröffentlichung.

Quelle: <https://publikumskonferenz.de/blog/ard-kontra-bsw-der-oerr-gibt-den-anschein-von-politischer-neutralitaet-auf/>

Strafverfolgung von US-Präsidenten Krieg wird mit Lügen gemacht

Von HELMUT SCHEBEN | Veröffentlicht am 17.07.2024 in: Weltpolitik

Nach dem Attentat auf Donald Trump am vergangenen Wochenende ist die Diskussion über die Entscheidung des Obersten Gerichts der USA etwas in den Hintergrund getreten. Es hatte entschieden, dass Präsidenten Anspruch auf Immunität haben, wenn es sich um strafbare Handlungen im Amt handelt.

Manche Medien zelebrieren Empörung. Unser Autor erinnert an andere Fälle, in denen Präsidenten nicht juristisch verfolgt wurden.



*George W. Bush als US-Präsident im Irak:
Foto: Matthew Yglesias, Lizenz: BY-SA , Mehr Infos
Auch er wurde nicht aufgrund von Verbrechen im Amt verurteilt.*

Als 1979 im zentralamerikanischen Nicaragua die Diktatur des Somoza-Clans durch einen Aufstand beendet wurde, sah die Regierung in Washington ein Problem in ihrem Einflussbereich. Der amerikanische Doppelkontinent wurde als natürlicher Machtbereich der USA betrachtet, seit Präsident James Monroe 1823 erklärt hatte, die ehemaligen europäischen Kolonialmächte hätten in Lateinamerika nichts mehr zu suchen. In dem Südkontinent geschah seit damals nichts ohne das Einverständnis Washingtons. Wenn ein Land nicht parierte, marschierten regelmässig die US-Marines ein, setzten ungehorsame Regierungen ab und sorgten für Ordnung im Sinne des grossen Nachbarn im Norden. Was in Washington meist sehr ehrlich als «Wahrnehmung amerikanischer Interessen» deklariert wurde.

Ronald Reagan, von 1981 bis 1989 Präsident der USA, bezeichnete die Sowjetunion als «Reich des Bösen». Er begann einen verdeckten Krieg gegen Nicaragua, um die Sandinisten-Regierung zu stürzen, in der er ein trojanisches Pferd des Kommunismus in Lateinamerika zu erkennen glaubte. Die Finanzierung einer konterrevolutionären Söldnertruppe – «Contras» genannt – wurde nie vom US-Kongress genehmigt. Der Krieg, den es offiziell nicht gab, wurde geheim finanziert durch Drogenhandel und Waffengeschäfte mit dem Iran.

Der Pilot Barry Seal unterhielt auf einem Flugplatz in Mena (Arkansas) eine Flotte von Transportflugzeugen, die Waffen für die «freedom fighters» nach Zentralamerika flogen. Auf dem Rückweg machten sie einen Umweg über Medellín in Kolumbien und luden Kokain und Crack (pasta básica). Barry Seal gilt als einer der erfolgreichsten Drogenschmuggler in der Geschichte. Der Strassenverkaufswert der von ihm eingeführten Drogen wurde von US-Behörden auf drei bis fünf Milliarden US-Dollar geschätzt. Seal handelte im Auftrag der CIA.

«Wer es immer wissen könnte, Mackie Messer weiss es nicht» (aus der Dreigroschenoper)

Als die ganze Sache aufflog, versuchte man in Washington, den Präsidenten zu schützen. Ronald Reagan habe von allem nichts gewusst. Als Schuldiger wurde Oliver North vorgeführt, ein ehemaliger Offizier der US-Marines. Er war offizieller Berater des Nationalen Sicherheitsrates und hatte sowohl das Unternehmen «Kokain-für-Waffen» als auch geheime Waffengeschäfte mit dem Iran organisiert. North wurde zu drei Jahren Gefängnis auf Bewährung verurteilt, aber wegen Verfahrensfehlern bald freigesprochen.

Barry Seal wurde am 19. Februar 1986 in Louisiana auf offener Strasse erschossen, bevor er vor eine Grand Jury aussagen konnte. Der kalifornische Investigativ-Journalist Gary Webb, der mit seiner berühmten Artikelserie «Dark Alliance» wesentlich dazu beitrug, die CIA-Geschäfte im nicaraguanischen Contra-Krieg aufzudecken, wurde 2004 mit zwei Kopfschüssen tot aufgefunden. Sein Tod wurde offiziell als Suizid erklärt.

Wenn Regierungen bei anrühigen Handlungen ertappt werden, gilt zunächst die Parole aus der Dreigroschen-Oper: «Und das Geld hat Mackie Messer, dem man nichts beweisen kann.» Mindestens 20 Millionen Dollar sind nach Erklärungen von Geschäftsprüfern des US-Kongresses über ein Firmengeflecht an Familienmitglieder des US-Präsidenten Joe Biden aus der Ukraine, aus Russland, China, Rumänien und Kasachstan geflossen. Wie derartige Geschäfte funktionieren, zeigt das Beispiel Ukraine.

Joe Biden war als Vizepräsident der Strippenzieher des Regime Changes in Kiew. Die ehemalige stellvertretende US-Aussenministerin Victoria Nuland, Ehefrau des neokonservativen NATO-Ideologen Robert Kagan,

leitete den Umsturz im Frühjahr 2014. Kaum war dieser vollzogen, nahm Bidens Sohn Hunter Einsitz im Verwaltungsrat des ukrainischen Gaskonzerns Burisma. Monatliches Salär 50'000 Dollar. Auf einem Laptop Hunter Bidens, der in die Hände der Republikaner geriet, fanden sich Hinweise auf solche trüben Geschäfte. Politische Hebel der Demokraten bewirkten, dass die grossen US-Medien die Sache im Wahlkampf 2020 unter Verschluss hielten, bis die Wahlen vorüber waren und Biden sie gewonnen hatte. Biden sagt, er habe nichts gewusst von den Geschäften seines Sohnes und habe damit nichts zu tun. Wie heisst es bei Brecht: «Wer es immer wissen könnte, Mackie Messer weiss es nicht.»

Den Hintergrund der Affäre beschreibt der Journalist Patrick Baab in seinem Buch «Auf beiden Seiten der Front». Der ukrainische Oligarch Ihor Kolomojskyj, Financier mehrerer rechtsextremer Kampfeinheiten wie das Asow-Bataillon, fürchtete, durch den Aufstand im Osten würde die Ausbeutung von Gasfeldern im Donbass in Gefahr geraten. Er suchte, US-amerikanische Direktoren für Firmen wie Burisma einzustellen, Personen mit Verbindungen zu den höchsten Ebenen der Obama-Regierung. Dadurch sollte die Unterstützung der USA im Bürgerkrieg gesichert werden.

«Pitch in a few bucks, Helmut»

Letzten Montag, 8. Juli, schrieb mir Joe Biden, niemand werde ihn aus dem Rennen werfen. Er sei der Präsidentschafts-Kandidat, und er werde durchhalten bis ans Ende. Dafür soll ich ein paar Dollar spenden, a few bucks:

«Helmut, let me be clear: I'm running. I'm the Democratic Party's nominee. No one is pushing me out. I'm not leaving, I'm in this race to the end. If you're able, pitch in a few bucks now to help Kamala and me defeat Donald Trump in November.»

Ich bekomme täglich Mails von Joe Biden und Kamala Harris. Manchmal auch von First Lady Jill Biden oder irgendeiner «Nancy Lopez» oder anderen Leuten aus dem Biden-Team. Es sind selten weniger als vier bis fünf Mails pro Tag. In der Vergangenheit hatte ich einmal vergessen, den Newsletter der Obama-Kampagne dem Spam-Filter zu melden, seitdem werde ich eingedeckt mit den «grassroots communications» der Demokratischen Partei. Sie sind meist kurz, sehr cool und in kumpelhaftem, sehr einfachem Englisch gehalten. Ich lese sie bisweilen, weil ich sehen will, wie professionelle PR-Leute arbeiten, um Wahlen zu gewinnen.

Es geht eigentlich immer nur um Geld. Immer wird alarmiert: Mit dem Fundraising sei man im Rückstand, Trump habe erneut viele Millionen an Spenden bekommen. Die Deadline für das «critical july goal» müsse erreicht werden: Pitch in a few bucks. Da sind sechs oder sieben Schaltflächen für Spenden. Vom 5-Dollar-Button bis zum 500-Dollar-Button oder «Other amount». Man kann lernen, wie Demokratie geht. Demokratie ist, wenn der mit dem meisten Geld die Wahlen gewinnt.

«Was steht King Trump noch im Weg?»

Am 6. Juli schreibt mir Biden, die Trump-Anhänger im Obersten Gericht hätten entschieden, «ein Präsident stehe nun über dem Gesetz». Falls Trump noch einmal gewinne, werde er «noch verrückter und gefährlicher» sein, weil er wisse, dass kein Gericht ihn zur Verantwortung ziehen werde. Mit nur fünf Dollar könne ich beitragen, das zu verhindern. Am gleichen Tag schreibt Kamala Harris, das fundamentale Prinzip der Justiz, dass vor dem Gesetz alle gleich seien, sei von nun an beseitigt.

In den Medien erklingt weitgehend der gleiche Sermon. Der Zürcher «Tages-Anzeiger» titelt: «Was steht King Trump noch im Weg?» Er zitiert ausführlich die «dissenting opinion» der Richterin Sonia Sotomayor, die den Spruch des Obersten Gerichtshofes nicht mittragen wollte. Von nun an könne ein Donald Trump als Präsident machen, was er wolle, gibt sich diese überzeugt. Man befürchtet schon wieder eine Zeitenwende. Die Demokratie kippt um in die totalitäre Herrschaft, wenn Trump Präsident wird.

Welch unerhörte Heuchelei verbirgt sich hinter solchen Parolen! Wer sie liest, muss zu dem Schluss kommen, dass in den Medien eine Epidemie namens Gedächtnisverlust um sich greift. Selbst wenn man nur die jüngste Epoche nach dem Zweiten Weltkrieg betrachtet, ist festzuhalten: Von Eisenhower über Kennedy und Clinton bis George W. Bush haben Präsidenten der USA militärische Aktionen befohlen, die gegen Verfassung und Strafgesetze verstieszen.

Wurde jemals ein Präsident der USA vor Gericht gestellt wegen Kriegsverbrechen?

Wurde Präsident Dwight D. Eisenhower vor Gericht gestellt, weil er mit einer CIA-Operation «under cover» 1954 Jacobo Arbenz, den demokratisch gewählten Präsidenten von Guatemala, stürzte und eine Marionette namens Carlos Castillo Armas einsetzte? Wurde dem amerikanischen Volk klargemacht, dass es nicht um Demokratie, sondern um die Interessen des Bananen-Konzerns United Fruit ging?

Wurde John F. Kennedy belangt, weil er einen CIA-geführten Angriff auf Kuba befohlen hatte? Die Invasion in der Schweinebucht scheiterte, die Kubaner nahmen mehr als 1000 Gefangene und führten sie in Schauprozessen im Fernsehen vor. Die Kennedy-Regierung liess verlauten, sie habe mit dem Angriff nichts zu tun gehabt.

Kamen die Präsidenten Johnson und Nixon vor Gericht wegen der gnadenlosen Bombardierung des Ostens von Laos, die streng geheim gehalten wurde? 150'000 Menschen wurden dort in einem Gebiet, das als Free-Fire-Zone erklärt wurde, getötet oder vertrieben. Wurde öffentlich, dass die CIA-Operationen dabei ins Opium-Geschäft verwickelt waren?

Wurde Präsident Johnson zur Verantwortung gezogen für die Lügen, mit denen der Vietnam-Krieg begründet wurde? Wurde er vor Gericht gestellt wegen des Einsatzes von Agent Orange, einem Entlaubungsgift, das zur Folge hatte, dass Hunderttausende vietnamesische Kinder als Krüppel zur Welt kamen?

Wurde Ronald Reagan angeklagt wegen Menschenrechtsverletzungen, weil in El Salvador US-Special Forces ein Militärregime unterstützten, das mit Todesschwadronen oppositionelle Priester, Nonnen, Professoren der Universidad Católica und einen Erzbischof am Altar ermorden liess?

Wurde Bill Clinton von einem Gericht bestraft, weil er 1999 einen NATO-Angriff auf Rest-Jugoslawien anführte, ohne dass ein Uno-Mandat vorlag? Wurde ihm jemals von einem Staatsanwalt vor Gericht vorgelesen, welche Opfer die Bombardierung serbischer Grossstädte gefordert hatte?

«Krieg wird mit Lügen gemacht», sagte mir 2016 der CIA-Analyst Ray MacGovern: «Die Regierung in Washington hat im Syrien-Krieg genauso gelogen wie im Irak-Krieg.» Selbstverständlich gilt das für alle Grossmächte, die ihre «Einflusszonen» unter Kontrolle halten wollen. Auch die Interventionen der Sowjetunion in Ungarn und die Niederschlagung des «Prager Frühlings» in der Tschechoslowakei wurden mit Cover-Stories legitimiert, man sei von den Regierungen «um Hilfe gebeten worden».

Immunität für Mandatsträger ist die Regel in Demokratien

Fakt ist, dass Politiker in vielen Ländern in der Ausübung ihres Amtes Immunität geniessen, auch in der Schweiz. Die Sachlage ist jedoch kompliziert. International gilt der Grundsatz, dass ehemalige hochrangige Politiker sich für gewisse Straftaten vor Gericht verantworten müssen. Erst kürzlich hat das Bundesstrafgericht in Bellinzona Ousman Sonko, einen ehemaligen Minister von Gambia, wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt.

Der Vorwurf der afrikanischen Länder lautet indessen: Die Kleinen hängt ihr, die Grossen lasst ihr laufen. Ein George W. Bush oder ein Tony Blair werden wohl niemals vor Gericht gestellt, weil sie einen Angriffskrieg gegen den Irak geführt haben, der mit erlogenen Beweismitteln begründet wurde. Und weder Wladimir Putin noch Benjamin Netanyahu werden jemals vor dem Internationalen Strafgericht in Den Haag stehen. Die «Sicherheitspolitik» der grossen Mächte – und Israel ist dabei nur ein Bestandteil der USA – hat mehr Gewicht als alle Versuche, eine Justiz der Völkergemeinschaft zu etablieren. Wer diese Realität nicht anerkennen will, kommt einem vor, wie jemand, der das Referendum gegen das Gesetz der Schwerkraft ergreift. Es gibt kleine Nebenschauplätze in dieser Hinsicht. 1974 zwang ein Gericht in den USA Präsident Richard Nixon, Tonbänder herauszugeben, die als Beweismaterial im Watergate-Verfahren verwendbar waren. 1982 entschied aber der Supreme Court der USA, Richard Nixon geniesse Immunität in einem anderen Fall. Es ging um eine Schadenersatzklage, die ein Ingenieur der Luftwaffe gegen Nixon erhoben hatte. Das Gericht befand, ein Präsident könne nicht von Zivilpersonen verklagt werden – zum Beispiel von der Mutter eines US-Soldaten – denn die Angst vor Klagen hindere den Präsidenten an der Ausübung seiner Pflichten.

Will man eine Bilanz ziehen, so ergibt sich, dass in den USA, dem mächtigsten Staat der Welt, niemals ein Präsident oder Vizepräsident für kriminelle Handlungen verurteilt wurde, die die Aussenpolitik und die sogenannten nationalen Sicherheitsinteressen betreffen. Als ungeschriebene Regel galt, dass ein amtierender Präsident dafür nicht strafrechtlich verfolgt wurde. Die Verfassung ist in dieser Frage nicht eindeutig, und in den 235 Jahren ihrer Geltung wurde es nie für nötig befunden, gerichtlich Klarheit zu schaffen.

Das Versagen der Medien

Wiederholt haben aber US-Gerichte darauf hingewiesen, dass es aussergerichtliche Institutionen gibt, die Willkürhandlungen der Exekutive einschränken und korrigieren können. Zumindest sollten sie es. Dazu zählen das Parlament (z.B. mittels eines Impeachments), aber auch die Medien. Letztere hatten im vergangenen Jahrhundert im Vietnam-Krieg und auch in den Konflikten in Lateinamerika noch ihre Aufgabe als vierte Gewalt wahrgenommen und die Politik der Regierung in Washington immer wieder in Frage gestellt.

Seit 9/11 haben die Kräfte in den USA, die globale Machtausübung anstreben, die Erzählung propagiert, sie seien gezwungen, rund um den Erdball einen «Krieg gegen den Terror» zu führen. Eine Polit-Pschose, der die führenden Medien in den meisten Fällen nicht mit grundsätzlicher Kritik und Skepsis begegnet sind. Sie bekommen ihre Informationen von den Regierungen, und sie geben sie ungeprüft weiter. Medien und Regierung haben sich als kommunizierende Röhren erwiesen. Die Pipeline unter Wasser, die in der Corona-Krise zwischen den Ringier-Medien und der Schweizer Regierung existierte, ist nur ein kleines Beispiel für tausende solcher Verfilzungen.

Die Gesellschaftswissenschaftler Jörg Becker und Mira Beham haben für die Balkankriege gezeigt, wie Regierungen Propaganda-Narrative produzieren und verbreiten lassen, um ihre Handlungen zu rechtfertigen. Becker und Beham haben in den Archiven in Amerika 160 Verträge gefunden, in welchen US-amerikanische Public-Relations-Agenturen für ein Story-Telling über die Kriege in Bosnien-Herzegowina, Serbien und

Kosovo engagiert wurden. In den meisten Fällen lautete der Auftrag, die Serben als Täter und die Bosniaken, Kroaten und Kosovo-Albaner als Opfer darzustellen.

Professor Becker schreibt heute im Vorwort zu seinem Buch «Medien im Krieg, Krieg in den Medien»: «Ich weiss, dass diese empirische Arbeit sehr mühselig war, ich weiss aber auch, dass es im März 2023 wenigstens 25 US-amerikanische PR-Agenturen gab, die Verträge mit ukrainischen Regierungsstellen hatten. Warum nimmt niemand die Mühe auf sich, diese 25 oder mehr Verträge systematisch zu analysieren?» Zweifellos ist es für Journalistinnen und Journalisten bequemer, zum hundertsten Mal zu schreiben, das erste Opfer im Krieg sei die Wahrheit, und leider könne man oft nichts Genaues wissen. 251mal haben die USA zwischen 1992 und 2022 irgendwo auf der Welt militärisch interveniert. Das ist vom wissenschaftlichen Dienst des US-Kongresses zu erfahren. Aber welcher Journalist kümmert sich um solche Details? Ob «russische U-Boote in schwedischen Gewässern» gesichtet wurden, eine «serbische Granate» auf einen Marktplatz in Sarajewo fiel oder Gaddafi «Panzer gegen Bengasi rollen» liess, um ein Massaker anzurichten, stets schrieben die Elite-Journalisten ab, was von oben verlautete. Nie hatten sie Zweifel, nie durchschauten sie die Fakes. Wie sollten sie auch, wenn die meisten Alpha-Journalisten in NATO-freundlichen Denkfabriken und transatlantischen Netzwerken und Stiftungen involviert sind, wie der Medienwissenschaftler Uwe Krüger nachgewiesen hat.

Vielleicht muss man den Satz eines erbosten Schriftstellers Upton Sinclair zitieren, der lautet: «Es ist schwierig, einen Menschen dazu zu bringen, eine Sache zu verstehen, wenn sein Gehalt davon abhängt, dass er sie nicht versteht.»

«Faulheit und Feigheit sind die Ursachen, warum ein so grosser Theil der Menschen, nachdem sie die Natur längst von fremder Leitung freigesprochen (naturaliter majorennnes), dennoch gern Zeitlebens unmündig bleiben; und warum es Anderen so leicht wird, sich zu deren Vormündern aufzuwerfen», schrieb ein gewisser Immanuel Kant vor mehr als 200 Jahren.

Quelle: <https://www.hintergrund.de/politik/welt/krieg-wird-mit-luegen-gemacht/>

Sich nie um die eigne Achse dreh'n

Du darfst dich niemals nur um die eigne Achse dreh'n,
denn du musst auch die Natur und die Nächsten sehn.
Bedenke: Ansehen, Ruhm, Reichtum sowie alle Macht
nicht alles sind, und letztlich der Nächste drüber lacht,
wenn er weiss, dass du in deinem Tun erbärmlich bist
und ein Leben führst, das nur eine grosse Schande ist.

SSSC, 25. Januar 2005, 23.02 h, Billy

INFOSperber

sieht, was andere übersehen.

Samstag, 17.8.2024



Vermischt Sport mit Politik: Die Israelische Armee schickt ihre Soldaten an die Olympischen Spiele
Bild: Israeli Defence Forces © IDF

Wie Israel mit Olympia Werbung für den Krieg macht

Von wegen olympischer Gedanke: Israelische Athleten zelebrieren offen Kriegsverbrechen – und das IOC lässt sie gewähren.

Philippe Stalder / 17.08.2024

Als Reaktion auf die politische und soziale Unruhe seiner Zeit formulierte Pierre de Coubertin, ein französischer Pädagoge und Historiker, im späten 19. Jahrhundert den olympischen Gedanken. Inspiriert von den antiken Olympischen Spielen in Griechenland und den Idealen von körperlicher Ertüchtigung, Erziehung und internationaler Verständigung, wollte Coubertin eine moderne Bewegung schaffen, die über den Sport hinausging. Sein Ziel war es, Frieden und Völkerverständigung zu fördern, während gleichzeitig die körperliche und moralische Erziehung der Jugend gestärkt wird. Dieser Idealismus legte den Grundstein für die Wiederbelebung der Olympischen Spiele im Jahr 1896 in Athen.

128 Jahre später ist Coubertins Heimatland Frankreich Gastgeberin der Olympischen Spiele. Nach politischen und sozialen Unruhen muss man sich heutzutage nicht lange umschaun, der olympische Gedanke scheint dringender denn je. Doch nicht alle angereisten Athletinnen und Athleten scheinen für Frieden und Völkerverständigung einzustehen.

Athleten vermischen Sport mit Politik

In Israel gilt die Wehrpflicht für Frauen und Männer. Vor diesem Hintergrund erstaunt es nicht, dass praktisch alle israelischen Olympia-Athleten aktive Mitglieder der israelischen Armee sind. Was jedoch erstaunt, ist, wie stark israelische Athleten ihren Sport mit Politik vermischen, obwohl Art. 50 der olympischen Charta vorschreibt, dass die olympische Arena nicht für politische Zwecke missbraucht werden darf.

In zahlreichen olympischen Kategorien haben Athleten der israelischen Mannschaft jedoch öffentlich zum Mord an den Palästinensern aufgerufen und den israelischen Kriegseinsatz unterstützt:

Peter Paltchik etwa, der israelische Judoka-Fahnenenträger in Paris, signierte Bomben, die auf Gaza abgeworfen werden sollten. Ein entsprechender Post auf Instagram kommentierte er mit den Worten: «Von mir für Sie mit Vergnügen.»



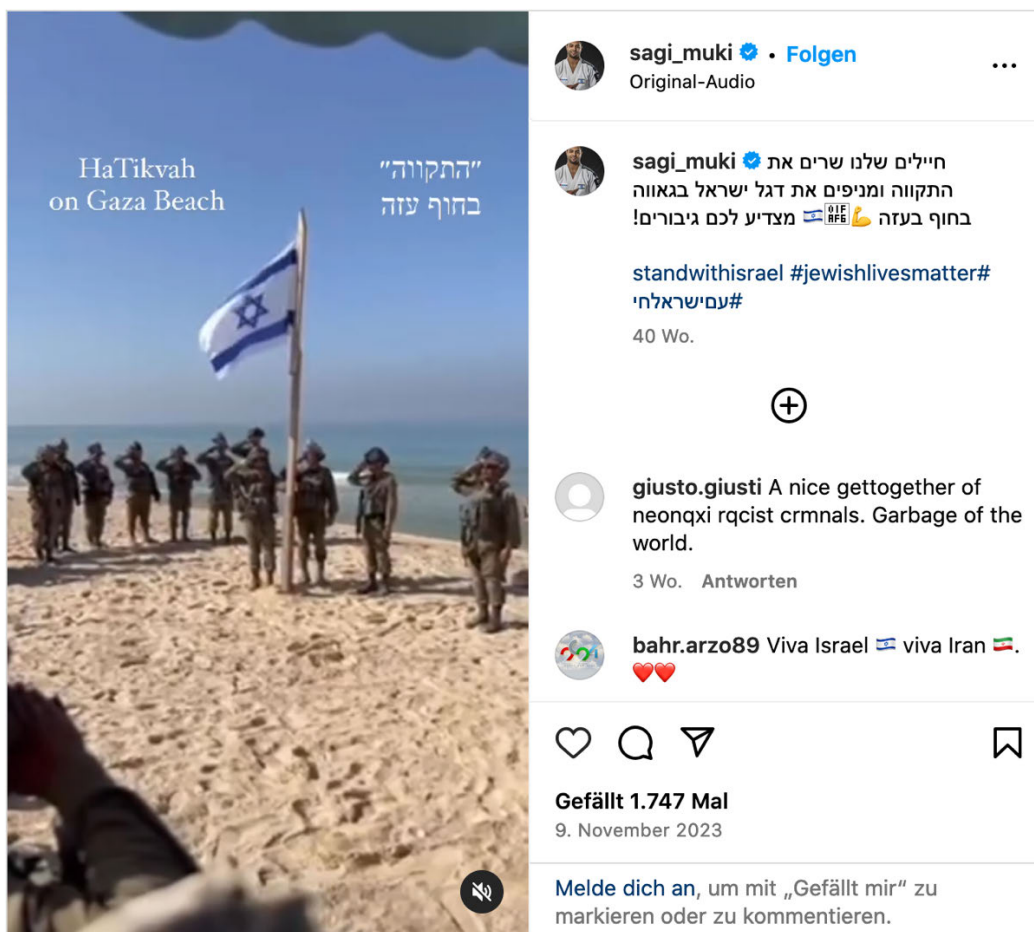
«Von mir für Sie mit Vergnügen»: Paltchik postet auf seinem öffentlichen Instagram-Profil Bomben, die auf Gaza abgeworfen werden. Bild: Instagram / peter_paltchik

Ausserdem war Paltchik in Japan bei einer Konfrontation mit friedlichen pro-palästinensischen Demonstranten zu sehen. Ein Mitglied seines Gefolges drohte, einen der Aktivisten zu töten, nachdem dieser Paltchik leicht berührt hatte.



Israelische Flagge über Gaza

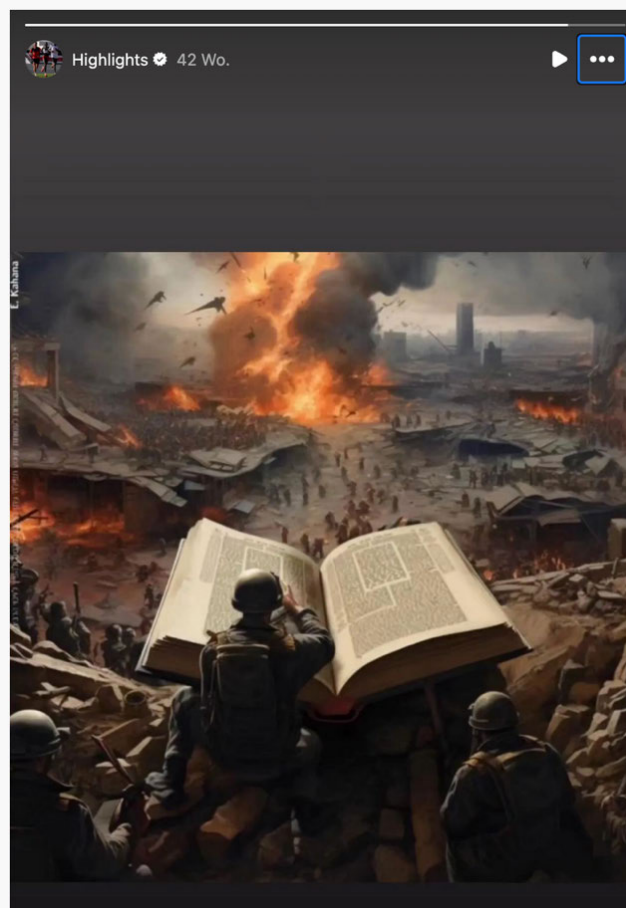
Sagi Muki, ebenfalls Mitglied der Judomannschaft der Männer, postete ein Video, auf dem zu sehen ist, wie die IDF-Soldaten eine israelische Flagge am Strand von Gaza hissen, nachdem sie dort einmarschiert waren. Er kommentierte das Video mit der Bildunterschrift «Salute your heroes».



Sein Teamkollege, Yam Wolczak, schrieb in einem Post auf Instagram: «Ich widme diese Medaille unserem Land und meinen besten Freunden, die in den besten Einheiten der IDF kämpfen [...] Ich habe den ganzen Wettbewerb über an euch gedacht».



Lonah Chemtai Salpeter, eine israelische Olympia-Marathonläuferin, postete als Instagram-Story eine apokalyptische Illustration, in der Bomben mutmasslich auf den Gazastreifen herabregnen. Auf dem Bild ist eine Tora abgebildet, als ob Gott diesen Krieg gutheissen würde.



In Anlehnung an das angeblich in der Tora verbriefte Recht Israels, die Palästinenser aus dem gelobten Land zu vertreiben. Bild: Instagram / lonah_chemtai

Anat Lelior, eine Surferin der israelischen Olympiamannschaft, sagte 2020 in einem Interview vor den Olympischen Spielen in Tokyo: «Der Dienst in den IDF ist mehr als nur eine Pflicht. Ich bin glücklich, es zu tun».



Es kommt nicht von ungefähr, dass israelische Olympia-Athleten immer wieder betonen, wie stolz sie darauf sind, in der israelischen Armee zu dienen und ihre Kriege gutzuheissen. Denn die israelische Armee benutzt Sportanlässe wie die Olympischen Spiele gezielt zu Propagandazwecken. Sport und Politik werden dabei bewusst vermischt.

Krieg als Sport

In diesem Video, das vor den Olympischen Spielen in Tokyo 2020 von der israelischen Armee publiziert wurde, werden Sport- und Kriegsszenarien so montiert, dass fließende Übergänge entstehen. «Jeden Tag brechen unsere Soldaten Rekorde. Auch Du kannst das», so die Botschaft.



Die Wechselwirkung zwischen Sport und Militär fließt auch in die entgegengesetzte Richtung. Etwa wenn israelische Fussballvereine der Armee kostenlose Fanartikel zur Verfügung stellen und dann Fotos von IDF-Mitgliedern veröffentlichen, die diese Artikel tragen, während sie in Panzern und Bulldozern den Gazastreifen zu Schutt fahren.




Fanartikel des Bnei Yehuda Tel Aviv FC werden im Gaza-Krieg von israelischen Soldaten zur Schau getragen. Bild: Richard Medhurst

IOK praktiziert einen Doppelstandard


Und was unternimmt das Internationale Olympische Komitee? Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieg auf die Ukraine wurden russische Athleten gesperrt und durften nur unter neutraler Flagge antreten. Auch Südafrika war wegen seiner Apartheid jahrzehntelang von den Olympischen Spielen ausgeschlossen. Bei israelischen Athleten wendet das IOK allerdings einen anderen Standard an. Obwohl fast sämtliche israelische Athleten aktiv in der Armee dienen und offen Kriegsverbrechen zelebrieren.

Die israelischen Soldaten verletzen damit die politische Neutralität des Sports. Sie verletzen den Friedensauftrag der Olympischen Spiele, und das Olympische Komitee ist seiner Aufgabe nicht nachgekommen, sie zu sanktionieren. Die Doppelmoral könnte nicht deutlicher sein.

Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschließlich eine persönliche Angelegenheit!



Overpopulation Awareness Group



George Kwong

Reproduction is no longer exclusively a personal matter. Society must have a voice and some power of direction in regulating this vital function. The desires of human couples are very important, but they must not neglect a consideration of society at large. The general welfare of this and future generations must be given increasing consideration as we develop plans for rational guidance of our procreation.

No person should be brought into the world unwanted and unneeded. No child should be conceived through carelessness. If each life is to have value, every conception must be part of an ordered plan of two parents who are aware of their responsibilities to that child and to society."

Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment



Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbol, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsartig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.

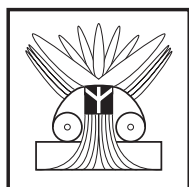
Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrune, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorkenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunensymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.



Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besatzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symboles umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand «beschreibt», den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol «Tod, Todesexistenz» beinhaltet das Symbol «Frieden» eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symboles weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symboles aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

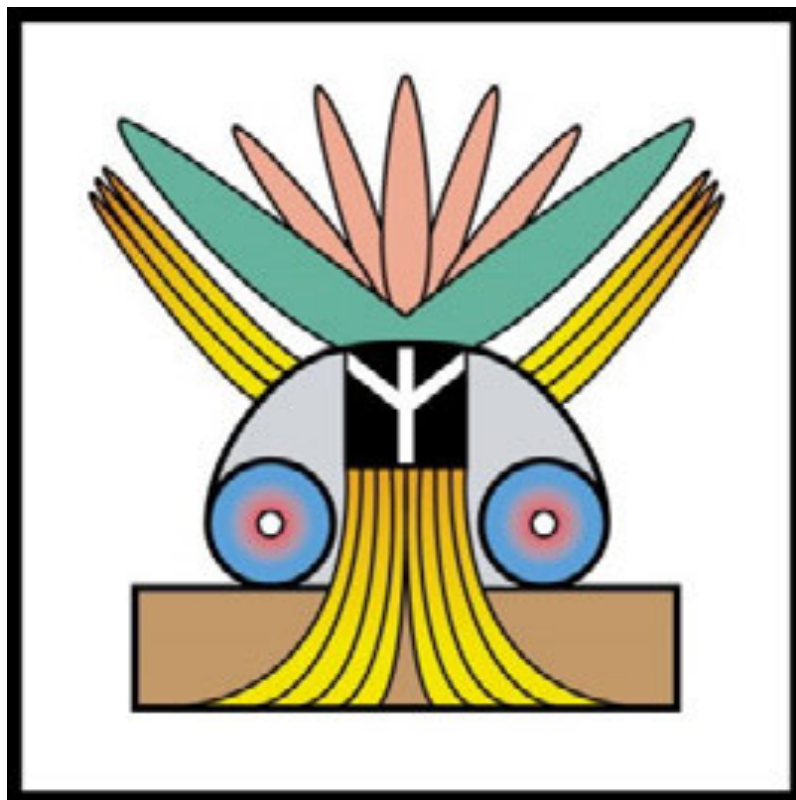
Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.



Das falsche Symbol, die Todesrune, schafft Unfrieden, Hass und Unheil

**Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol
darauf und verbreitet es!**

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol «Frieden»

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols

**Es soll FRIEDEN sein auf Erden
And there shall be PEACE on Earth**

**AMANI
BARIŞ
PAQE
PACE
MIP
PAIX
PAZ**

**EIPHNH
VREDE
平和
שָׁלוֹם
शांति
سلام
صلح**

FIGU.ORG
FIGU, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti
Schweiz/Switzerland Tel. +41 (0)52 385 13 10

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Runen fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, **Fax** +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



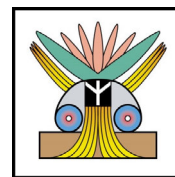
© FIGU 2024

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders
 angegeben, lizenziert unter :
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
 wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
 -----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden,
 wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten
 Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt
 bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center,
 Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz